

Sitzungsbericht

1. Sitzung der Tagung 1993/94 der XIV. Gesetzgebungsperiode des Landtages von Niederösterreich

Montag, den 7. Juni 1993

Inhalt:

1. Eröffnung der Sitzung durch Präsident Mag. Romeder und Rede anlässlich des Beginnes der XIV. Gesetzgebungsperiode (Seite 2).
2. Angelobung der Mitglieder des Landtages (Seite 3).
- 3.1. Wahl des Präsidenten des Landtages von Niederösterreich (Seite 4).
- 3.2. Wahl des Zweiten Präsidenten (Seite 4).
- 3.3. Wahl des Dritten Präsidenten (Seite 5).
- 3.4. Wahl von fünf Schriftführern und vier Ordnern (Seite 5).
- 4.1. Wahl des Landeshauptmannes (Seite 5).
- 4.2. Angelobung des Landeshauptmannes durch den Präsidenten (Seite 6).
- 4.3. Regierungserklärung des Landeshauptmannes (Seite 6).
- 5.1. Wahl der beiden Landeshauptmannstellvertreter (Seite 11).
- 5.2. Wahl der übrigen Mitglieder der Landesregierung (Seite 11).
- 5.3. Angelobung aller Mitglieder der Landesregierung durch den Landeshauptmann (Seite 12).
- 6.1. Angelobung weiterer Mitglieder des Landtages (Nachbesetzungen infolge Mandatsverzicht) (Seite 13).
- 6.2. Wahl eines Ordners (Seite 13).
7. Erklärungen zum Beginn der XIV. Gesetzgebungsperiode:
 - 7.1. LHStv. Höger (Seite 13).
 - 7.2. Klubobmann Abg. Böhm (Seite 18).
 - 7.3. Klubobmann Abg. Dr. Bauer (Seite 21).
 - 7.4. Klubobmann Abg. Gratzner (Seite 24).
 - 7.5. Abg. Ing. Dautzenberg (Seite 27).
8. Beschlußfassung über die Anzahl der Ausschüsse des NÖ Landtages sowie über die Anzahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder (Seite 29).
9. Wahl des Finanzkontrollausschusses:
 - 9.1. Wahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder (Seite 30).
 - 9.2. Wahl des Obmannes des Finanzkontrollausschusses (Seite 30).
 - 9.3. Wahl des Obmannstellvertreters des Finanzkontrollausschusses (Seite 31).
10. Wahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder des Bundesrates (Seite 31).
11. Mitteilung des Einlaufes (Seite 31).
12. Schluß der Sitzung (Seite 31).

* * *

(Der Sitzungssaal des Landtages von Niederösterreich ist mit zwei an der Stirnseite angebrachten Fahnen in den Landesfarben blau-gelb geschmückt; eine davon trägt das Wappen des Landes Niederösterreich.)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER (um 10.00 Uhr): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne hiemit die erste Sitzung der XIV. Gesetzgebungsperiode des Landtages von Niederösterreich.

Das Protokoll der letzten Sitzung des Landtages vom 4. März 1993 ist geschäftsordnungsmäßig aufgelegt. Es ist unbeanstandet geblieben und demnach als genehmigt zu betrachten.

Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen, meine sehr geehrten Herren!

Als Präsident des Landtages der XIII. Gesetzgebungsperiode habe ich nach den Bestimmungen unserer Landesverfassung für heute den Landtag zu seiner ersten Sitzung der XIV. Gesetzgebungsperiode zwecks Konstituierung einberufen. Nach der Landtagswahl vom 16. Mai 1993 ist dies fristgerecht geschehen. Ich begrüße Sie alle, meine sehr geehrten Damen und Herren, insbesondere jene Mitglieder des Hauses, welche dem NÖ Landtag erstmals angehören. Ich möchte heute nochmals die Gelegenheit wahrnehmen, allen Kollegen, die mit Ende der XIII. Gesetzgebungsperiode aus dem Landtag ausgeschieden sind, für ihre konstruktive Arbeit den Dank des Landtages zum Ausdruck zu bringen. Stellvertretend für alle darf ich in diesem Zusammenhang den dritten Präsidenten, Hubert Auer, und den Obmann des Finanzkontrollausschusses, Kurt Buchinger, erwähnen.

Diese XIII. Gesetzgebungsperiode war in der Geschichte Niederösterreichs sicher eine sehr erfolgreiche, wurden doch wichtige Entscheidungen, die weit in die Zukunft reichen, getroffen. Stellvertretend für vieles andere sei auf die Finanzierung der neuen Verwaltungsgebäude in der Landeshauptstadt verwiesen, sowie auf die vielen Aktivitäten im Umwelt-, Wirtschafts- und Sozialbereich.

Hohes Haus! Der neue Landtag wurde erstmals nach dem neuen, persönlichkeitsbezogenen Wahlrecht gewählt. 30 Mandate wurden in den Wahlkreisen direkt vergeben wobei 20 Mandatare erstmals Verantwortung in diesem Hohen Haus übernehmen.

Wir leben in der Zeit eines großen Umbruches. Eines großen Umbruches mit allen Konsequenzen, die sich daraus ergeben. So weist Osteuropa äußerst labile und sensible Strukturen auf. An den Süd- und Ostgrenzen unseres Staates wird noch immer gemordet und viele Menschen leben in Not und Elend. Als Grenzland ist es für Niederösterreich entscheidend, auch darüber nachzudenken. Der Egoismus und damit verbunden der Nationalismus wird größer. Auf uns kommen daher neue Herausforderungen zu. Daraus ergibt sich nicht nur im Wirtschaftsbereich,

sondern auch in vielen anderen Bereichen eine neue Situation. Neue Strukturen entstehen in der Wirtschaft bezüglich künftiger Industriestandorte. Und das mit allen Konsequenzen auch für West- und Mitteleuropa und somit auch für exportorientierte Länder wie Österreich. Hohes Haus! Wir haben daher in den nächsten Monaten und Jahren alles zu unternehmen, im Rahmen unserer politischen Möglichkeiten beizutragen, daß Niederösterreich ein wirtschaftlich interessantes Land bleibt.

Hohes Haus! Die XIV. Gesetzgebungsperiode, die heute beginnt, beginnt mit einer veränderten politischen Situation in diesem Land. Erstmals in der Geschichte seit 1945 sind vier Parteien im Landesparlament vertreten, sodaß es im Interesse des Landes sicher dringend notwendig ist, auch bei gegenteiliger Position in manchen Detailfragen immer wieder das Gemeinsame für Niederösterreich besonders in den Vordergrund zu rücken.

Ich erinnere mich in diesem Zusammenhang an den 20. November 1969, an dem ich im NÖ Landtag als junger Abgeordneter erstmals angelobt wurde. Der damalige Landeshauptmann Andreas Maurer ersuchte in seiner Rede vor dem Landtag alle Abgeordneten, vor allem die erstmals gewählten, mitzuhelfen, aus der jeweiligen politischen Situation das Optimum für das Land herauszuholen. Er meinte damals, dazu sind klare, moderne Gesetze notwendig. Aber auch vor allem die Bereitschaft zur Sachlichkeit und die Überzeugung, daß trotz politischer Meinungsverschiedenheiten das Wohl des Landes im Vordergrund zu stehen hat. Heute, Hohes Haus, sind diese Ziele genauso wichtig, wenn nicht sogar entscheidender!

Die neue Legislaturperiode bringt auch eine tiefe Cäsar in der niederösterreichischen Landesgeschichte. In ihr erfolgt die Übersiedlung des Landtages, der Landesregierung und der Landesverwaltung in die Landeshauptstadt St. Pölten. Dies ist, so glaube ich, der Kernpunkt einer Politik mit dem Ziel, im Land neue Strukturen zu schaffen. Strukturen als Herausforderung für das dritte Jahrtausend in einem geänderten Österreich und in einem geänderten Europa.

Die Stellung des neu gewählten Landesparlamentes wird in den nächsten Jahren sicher an Bedeutung gewinnen. Daher ist es notwendiger denn je, auch der heranwachsenden Generation die Bedeutung der Demokratie und somit auch des Landesparlamentes noch näher zu bringen. Dies soll durch entsprechende Informationsbroschüren für Schulabgänger, aber

vor allem auch durch die notwendigen Vorkehrungen im neuen Landhaus in St. Pölten in größerem Umfang geschehen. Eine parlamentarische Demokratie ist immer ein offenes Projekt, das von Generation zu Generation erneuert und immer wieder gefestigt werden muß. Das bedeutet ein Vertrautmachen der Jugend mit den demokratischen Vorgangsweisen im Land, um ein Abrutschen in den Radikalismus zu verhindern. Um die demokratischen Werte unserer Jugend deutlich vor Augen zu führen und damit auch für die Zukunft Freiheit und Wohlstand abzusichern.

Hohes Haus! Der Landtag von Niederösterreich, ja das Land erlebt nicht nur eine Cäsar in dieser Gesetzgebungsperiode durch die Übersiedlung in die neue Hauptstadt. Das Landesparlament wird auch gefordert durch die Integration in Europa. Sei es in Form der Fortführung und des Abschlusses der Rechtsanpassung bzw. in seinem Agieren in Bezug auf Wirtschaft, Arbeitsplatzsicherung, Sozial- und Kulturpolitik.

Vor einigen Tagen, am 15. Mai waren es 38 Jahre, daß dieses Land durch Unterzeichnung des Staatsvertrages seine volle Freiheit erhalten hat. Zeigen wir uns diesem geschichtlichen Umstand, der es gut mit uns meinte, auch heute und morgen würdig.

Die Menschen in diesem Land erwarten von ihrem Landesparlament zukunftsorientierte Entscheidungen in Sachbezogenheit, aber auch in politischer Toleranz. Was wir brauchen ist daher der Wille nach guter Zusammenarbeit für ein Land, in dem die Menschen gerne leben und arbeiten und auf das sie auch stolz sein können.

Wir haben, Hohes Haus, eine Heimat, für die es sich lohnt, mit allen Kräften des Verstandes, aber auch mit aller Liebe des Herzens tätig zu sein. So lade ich Sie ein: Gehen wir gemeinsam in diesem Geist für die nächsten fünf Jahre an die Arbeit!

Hohes Haus! Wir gelangen zu Punkt 1) der Tagesordnung, zur Angelobung der Mitglieder des Landtages. Gemäß unserer Geschäftsordnung sind von mir als Vorsitzenden der Eröffnungssitzung die zwei jüngsten anwesenden Mitglieder des Landtages zur vorläufigen Besorgung der Geschäfte der Schriftführer berufen. Ich habe feststellen lassen, daß die zwei jüngsten Mitglieder des neu gewählten Landtages die Abgeordneten Desiree Stix und Wolfgang Haberler sind. Ich berufe, Hohes Haus, die beiden Abgeordneten zur vorläufigen Besorgung der Geschäfte der Schriftführer bis zur Neuwahl derselben. Ich

ersuche daher die Frau Abgeordnete Stix, die Angelobungsformel zu verlesen.

Schriftführer Abg. STIX (*LIF*)(*liest*): Ich gelobe unverbrüchliche Treue der Republik Österreich und dem Lande Niederösterreich, stete und volle Beobachtung der Gesetze und gewissenhafte Erfüllung meiner Pflichten.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Ich ersuche die Damen und Herren Abgeordneten, bei Aufruf des Namens die Angelobung mit den Worten "ich gelobe" zu leisten. Die Schriftführer ersuche ich um die Verlesung der Namen. (*Die Abgeordneten erheben sich.*)

Schriftführer Abg. STIX (*LIF*): Auer, Dr. Bauer, Blochberger, Böhm, Breininger, Ing. Dautzenberg, Egerer, Ing. Eichinger, Feurer, Mag. Freibauer, Friewald, Gabmann, Ing. Gansch, Gratzner, Gruber, Haberler, Haufek, Hiller, Ing. Hofbauer, Ing. Hofer, Höger, Hülmbauer, Kautz, Keusch, Knotzer, Lembacher, Litschauer, Lugmayr.

Schriftführer Abg. HABERLER (*FPÖ*): Marchat, Dr. Mautner Markhof, Dr. Michalitsch, Moser, Muzik, Preisler, Dr. Prober, Prokop, Dr. Pröll, Dkfm. Rambossek, Mag. Romeder, Rosenkranz, Rupp, Sacher, Schimanek, Mag. Schneeberger, Schütz, Sivec, Soukup, Stix, Dr. Strasser, Dipl. Ing. Toms, Treitler, Uhl, Votruba, Wagner Ewald, Ing. Wagner Josef, Wöglinger.

(*Nach erfolgtem Namensaufruf leisten die Damen und Herren Abgeordneten jeweils einzeln das Gelöbnis mit den Worten: "Ich gelobe!"*)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Die Angelobung ist damit vollzogen.

(*Die Damen und Herren Abgeordneten nehmen ihre Plätze wieder ein.*)

Wir kommen zum Punkt 2) der Tagesordnung. Und zwar zu 2 a), der Wahl des Präsidenten. Ich ersuche den bisherigen zweiten Präsidenten des Landtages, Alfred Haufek, den Vorsitz zu übernehmen. (*Zweiter Präsident Haufek übernimmt den Vorsitz.*)

ZWEITER PRÄSIDENT HAUFEK: Hohes Haus! Werte Damen und Herren! Die Wahl des Präsidenten des Landtages wird nach § 65 Abs. 3 der Geschäftsordnung unter namentlicher Aufrufung der Abgeordneten mittels Stimmzettel vorgenommen. Der Wahlvorschlag des NÖ Landtagsklubs der ÖVP lautet auf den Herrn Abgeordneten Mag. Franz Romeder. Ich ersuche, die Stimmzettel, welche auf den Plätzen aufliegen,

nach Aufruf abzugeben. Und ich ersuche nun die Schriftführer, den Namensaufruf vorzunehmen.

Schriftführer Abg. STIX (*LIF*): Auer, Dr. Bauer, Blochberger, Böhm, Breininger, Ing. Dautzenberg, Egerer, Ing. Eichinger, Feurer, Mag. Freibauer, Friewald, Gabmann, Ing. Gansch, Gratzner, Gruber, Haberler, Haufek, Hiller, Ing. Hofbauer, Ing. Hofer, Höger, Hülbauer, Kautz, Keusch, Knotzer, Lembacher, Litschauer.

Schriftführer Abg. HABERLER (*FPÖ*): Lugmayr, Marchat, Dr. Mautner Markhof, Dr. Michalitsch, Moser, Muzik, Preisler, Dr. Prober, Prokop, Dr. Pröll, Dkfm. Rambossek, Mag. Romeder, Rosenkranz, Rupp, Sacher, Schimanek, Mag. Schneeberger, Schütz, Sivec, Soukup, Stix, Dr. Strasser, Dipl. Ing. Toms, Treitler, Uhl, Votruba, Wagner Ewald, Ing. Wagner Josef, Wöginger.

ZWEITER PRÄSIDENT HAUFEK: Die Stimmabgabe ist damit abgeschlossen. Ich ersuche die Schriftführer, nun die Zählung vorzunehmen und unterbreche auf kurze Zeit die Sitzung. (*Unterbrechung der Sitzung von 10.18 Uhr bis 10.20 Uhr.*)

ZWEITER PRÄSIDENT HAUFEK (*um 10.20 Uhr*): Ich nehme die Sitzung wieder auf und darf dem Hohen Haus mitteilen, daß 56 Stimmzettel abgegeben wurden. Sämtliche Stimmzettel sind gültig. Es wurde der Abgeordnete Mag. Franz Romeder mit 56 Stimmen zum Präsidenten des Niederösterreichischen Landtages wiedergewählt. (*Beifall im Hohen Hause.*) Herr Präsident, ich darf Dich fragen, ob Du die Wahl annimmst.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Hohes Haus! Ich danke für das Vertrauen und nehme die Wahl an! (*Beifall im Hause.*)

ZWEITER PRÄSIDENT HAUFEK: Ich darf dem Herrn Präsidenten Romeder zu seiner neuerlichen einstimmigen Wiederwahl herzlichst gratulieren und darf mir erlauben, die Bestellungsurkunde zu überreichen. Ich ersuche den Herrn Präsidenten, den Vorsitz zu übernehmen.

(*Zweiter Präsident Haufek überreicht die Bestellungsurkunde.* - PRÄSIDENT Mag. ROMEDER übernimmt den Vorsitz.)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Hohes Haus! Wir gelangen zum Punkt 2 b) der Tagesordnung, zur Wahl des zweiten Präsidenten, die ebenfalls unter namentlicher Aufrufung der Abgeordneten mittels Stimmzettel vorgenommen werden muß. Der Wahlvorschlag des Klubs der sozialdemokratischen Abgeordneten des NÖ

Landtages lautet auf Herrn Abgeordneten Alfred Haufek. Ich ersuche, die Stimmzettel, welche auf den Plätzen aufliegen, nach Aufruf abzugeben. Die Schriftführer mögen ihres Amtes walten.

(*Die Schriftführer, Abg. Stix und Abg. Haberler nehmen neuerlich den Namensaufruf vor. Die namentlich genannten Abgeordneten geben ihre Stimmzettel in die bereitgehaltenen Urnen.*)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Die Stimmabgabe ist beendet; ich ersuche die Schriftführer, die Stimmen auszuzählen.

(*Nach erfolgter Stimmauszählung*): Hohes Haus! Es wurden 56 Stimmzettel abgegeben. Es waren alle 56 gültig, es lauten alle 56 auf Alfred Haufek. (*Beifall im Hohen Hause.*) Ich darf Dich, Herr Präsident Haufek fragen, ob Du bereit bist, die Wahl anzunehmen.

ZWEITER PRÄSIDENT HAUFEK: Ich nehme die Wahl an!

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Ich beglückwünsche den zweiten Präsidenten zur Wiederwahl, ersuche auch weiterhin um gute Zusammenarbeit und darf das Bestellsdekrete überreichen. (*Präsident Mag. Romeder überreicht das Bestellsdekrete.*)

Unter Punkt 2 c) ist die Wahl des dritten Präsidenten des Landtages durchzuführen, die ebenfalls unter namentlicher Aufrufung der Abgeordneten mittels Stimmzettel vorgenommen werden muß.

Der Wahlvorschlag des Landtagsklubs der ÖVP lautet auf Herrn Abgeordneten Ing. Eichinger. Ich ersuche auch in diesem Fall, die Stimmzettel, welche auf den Plätzen aufliegen, nach Aufruf abzugeben. Die Schriftführer mögen das Notwendige veranlassen.

(*Die beiden Schriftführer rufen neuerlich die Damen und Herren des Hohen Hauses einzeln auf und diese werfen nach Aufruf ihre Stimmzettel in die bereitgehaltenen Wahlurnen.*)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER (*nach Ende der Stimmabgabe*): Die Stimmauszählung möge nunmehr vorgenommen werden.

(*Nach Beendigung der Stimmauszählung*): Hohes Haus! Es wurden 56 Stimmzettel abgegeben. Es waren alle 56 gültig. Alle 56 lauten auf Ing. Eichinger. Ich frage den Herrn Präsidenten

Ing. Eichinger, ob er bereit ist, die Wahl anzunehmen.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Hohes Haus! Ich danke für das Vertrauen und nehme die Wahl an! (*Beifall im Hohen Hause.*)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Ich beglückwünsche den dritten Präsidenten zu seiner Wahl und erlaube mir, das Beststellungsdekret zu überreichen. (*Präsident Mag. Romeder überreicht das Beststellungsdekret.*)

Damit sind alle drei Präsidenten des Landtages gewählt. Ich darf meinen Glückwunsch für den zweiten und dritten Präsidenten wiederholen und für die Zukunft um die notwendige Unterstützung bei der Vorsitzführung bitten.

Wir gelangen nunmehr zu Punkt 2 d), Wahl von fünf Schriftführern und - vorerst - vier Ordnern. Ich bitte um Kenntnisnahme, daß die Wahl eines fünften Ordners erst nach Tagesordnungspunkt 4 vorgenommen wird. Besteht dagegen ein Einwand? Das ist nicht der Fall.

Der Landtagsklub der ÖVP und der Klub der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Niederösterreichs haben Wahlvorschläge erstattet. Ich ersuche die Abgeordneten, die Stimmzettel, welche auf den Plätzen liegen, abzugeben. Auf diesen Stimmzetteln sind die Namen in Vorschlag gebracht. Hier ist kein Namensaufruf vorgesehen, daher sind die Stimmzettel ohne Aufruf abzugeben.

(*Nach Abgabe der Stimmzettel und erfolgter Stimmenausszählung*): Es wurden 56 Stimmzettel abgegeben. Alle 56 sind gültig und sie lauten auf die auf den Stimmzetteln vorgesehenen Namen. Und zwar auf: Frau Monika Lugmayr, Herr Dr. Michael Mautner Markhof, Herr Dr. Martin Michalitsch, Frau Helene Auer und Herr Werner Feurer als Schriftführer. Als Ordner die Herren Abgeordneten Karl Moser, Dipl. Ing. Toms, Herbert Kautz und Hans Karl Uhl. Ich darf fragen, nimmt einer der Schriftführer oder einer der Ordner die Wahl nicht an? (*Es erfolgt keine Wortmeldung.*)

Ich stelle für das Protokoll fest, daß alle Damen und Herren bereit sind, die Wahl anzunehmen. Ich ersuche daher zwei der neu gewählten Schriftführer und zwar Frau Abgeordnete Monika Lugmayr und Frau Abgeordnete Helene Auer, ihr Amt sofort anzutreten, damit die Tagesordnung fortgeführt werden kann.

Punkt 3) der Tagesordnung behandelt die Wahl der Mitglieder der Landesregierung. Der Landtagsklub der ÖVP hat folgende Wahlvorschläge hiezu erstattet: Für die Wahl zum Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll. Für die Wahl zum Landeshauptmannstellvertreter Frau Liese Prokop. Für die Wahl zu Landesräten Franz Blochberger, Mag. Edmund Freibauer und Ernest Gabmann.

Der Klub der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Niederösterreichs hat folgende Wahlvorschläge vorgelegt: Für die Wahl zum Landeshauptmannstellvertreter Ernst Höger. Für die Wahl zu Landesräten Frau Traude Votruba und Herr Ewald Wagner.

Der Landtagsklub der FPÖ hat folgenden Wahlvorschlag erstattet: Für die Wahl zum Landesrat Herrn Hans-Jörg Schimanek.

Wir kommen daher zum Punkt 3 a), Wahl des Landeshauptmannes. Nach Artikel 35 unserer Landesverfassung wird der Landeshauptmann vom Landtag in einem eigenen Wahlgang mit einfacher Stimmenmehrheit gewählt. Nach den Bestimmungen unserer Geschäftsordnung muß diese Wahl unter namentlicher Aufrufung der Abgeordneten mittels Stimmzettel vorgenommen werden. Der Wahlvorschlag des Landtagsklubs der ÖVP lautet, wie ich bereits erwähnt habe, auf Dr. Erwin Pröll. Ich ersuche die Mitglieder des Landtages, den Stimmzettel bei Namensaufruf in die Urne zu geben. Ich bitte die Schriftführer um Verlesung.

(Die Schriftführer, Frau Abg. Lugmayr und Frau Abg. Auer nehmen den Namensaufruf vor. - Die Damen und Herren Abgeordneten geben nach Aufruf die vorgesehenen Stimmzettel in die bereitgehaltenen Urnen.)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER *(nach erfolgter Stimmabgabe)*: Die Stimmabgabe ist damit geschlossen. Ich ersuche die Schriftführer um Feststellung des Wahlergebnisses.

(Nach Auszählung der Stimmen): Hohes Haus! Es wurden 56 Stimmzettel abgegeben. Es waren alle 56 gültig. Und alle 56 Stimmen lauten auf Dr. Erwin Pröll. *(Beifall im Hohen Hause.)*

Ich frage den Herrn Landeshauptmann Dr. Pröll, ob er bereit ist, die Wahl anzunehmen.

LH Dr. PRÖLL *(ÖVP)*: Werte Damen und Herren des Hohen Hauses! Ich danke Ihnen für das Vertrauen und nehme die Wahl an! *(Neuerlicher Beifall im Hohen Hause.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Ich beglückwünsche den Herrn Landeshauptmann zu seiner Wiederwahl auf das allerherzlichste und wünsche ihm für die kommenden Jahre im Interesse des Landes Niederösterreich viel Erfolg! *(Beifall bei der ÖVP und Abg. Ing. Dautzenberg.)*

Ich darf bei dieser Gelegenheit vermerken, bei den kommenden Wahlgängen von Zeichen der Zustimmung auf der Galerie abzusehen!

Wir kommen nunmehr zu Punkt 3 b) der Tagesordnung, Angelobung des Landeshauptmannes durch den Präsidenten. Nach Artikel 36 der Landesverfassung hat der Landeshauptmann vor Antritt seines Amtes vor dem Landtag folgendes Gelöbnis zu leisten. *(Die Abgeordneten erheben sich von ihren Sitzen.)*

Ich darf, Herr Landeshauptmann, versprechen und ersuche, das hier so zu leisten: "Ich gelobe, daß ich die Verfassung und alle Gesetze des Landes Niederösterreich beachten werde und meine Pflichten nach bestem Wissen und Gewissen erfüllen werde."

LH Dr. PRÖLL *(ÖVP)*: Ich gelobe, daß ich die Verfassung und alle Gesetze des Landes Niederösterreich beachten werde und meine Pflicht nach bestem Wissen und Gewissen erfüllen werde. Ich gelobe, so wahr mir Gott helfe!

(Die Abgeordneten nehmen Ihre Plätze wieder ein.)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Ich danke, Herr Landeshauptmann! Ich darf nunmehr dem Landeshauptmann vor dem Hohen Landtag das Bestellsdekret übergeben. Ich darf ihn noch einmal herzlich beglückwünschen und für die Zukunft Erfolg wünschen. *(Beifall im Hohen Hause.)*

Hohes Haus! Zu Wort gemeldet ist der Herr Landeshauptmann Dr. Pröll.

LH Dr. PRÖLL *(ÖVP)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten des Hohen Landtages! Werte Gäste, liebe Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher!

Als neu gewählter Landeshauptmann von Niederösterreich möchte ich Sie zunächst alle sehr herzlich begrüßen.

Die Landtagswahl 1993 ist geschlagen. Die Wähler haben die politischen Kräfteverhältnisse neu bestimmt. Die Verhandlungen zwischen den Parteien sind in einer konstruktiven und betont sachlichen Art zu Ende geführt worden und nach nur drei Wochen, Hoher Landtag, können wir nunmehr in diesem Hohen Hause mit der Arbeit wieder beginnen.

Gleich am Beginn meiner zweiten Regierungserklärung möchte ich einen Dank aussprechen. Zunächst möchte ich ein Danke an die Wählerinnen und Wähler richten. Die Wählerinnen und Wähler haben durch ihre Stimmabgabe am 16. Mai 1993 ein klares Votum ausgesprochen. Ein Danke auch an alle politischen Parteien für den äußerst fair geführten Wahlkampf. Dieser fair geführte Wahlkampf gibt Zeugnis von der hohen demokratischen Kultur in Niederösterreich. Ein Danke schließlich möchte ich Ihnen, verehrte Damen und Herren, als Abgeordnete dieses Hohen Hauses sagen, die Sie mir Ihr Vertrauen für die nächsten fünf Jahre gegeben haben.

Ich hoffe, daß die Vertreter aller politischen Parteien schon bei den Regierungsverhandlungen gesehen und gespürt haben, daß es mir bei allem und jedem um unser Heimatland Niederösterreich geht.

Ich will das und das möchte ich Ihnen heute aufs neue versprechen, auch in Zukunft so halten. Denn ich will ein Landeshauptmann für alle Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher auch in den kommenden fünf Jahren sein! *(Beifall bei ÖVP und LIF.)*

Dem Dank möchte ich aber auch gleich eine Bitte anschließen. Nämlich die Bitte zur Mitarbeit auf der Bühne unseres Landes. Liebe Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher! Ich ersuche Sie aufrichtig, verschließen Sie Ihrem Land nicht Ihre Kraft und Ihr Können. Machen Sie mit! Gestalten Sie mit und arbeiten Sie mit, wo immer es Ihnen im Interesse unseres schönen Heimatlandes möglich ist.

Die Bitte zur Zusammenarbeit richte ich auch an die Abgeordneten. Setzen Sie bitte Ihr reiches Wissen, Ihre Erfahrung und Ihre Tatkraft für unser Land ein. Arbeiten Sie für unser Heimatland Niederösterreich. Sie wissen es, es lohnt sich tatsächlich.

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zielgerichtete und zukunftsorientierte Arbeit erfordert es zunächst, daß wir einen Standort bestimmen und daß wir gleichzeitig auch die neue Ausgangsposition für unser Land erkennen und diese Ausgangsposition auch neu definieren. Erst aus dieser Standortbestimmung können dann auch die richtigen Fragestellungen und Antworten für die Zukunft entwickelt werden.

Und ich möchte gleich die erste Frage stellen, nämlich: Welche Positionierung dürfen wir, oder noch deutlicher gesagt, müssen wir heute im Interesse unseres Heimatlandes Niederösterreich vornehmen? Ein gutes halbes Jahr ist seit meiner letzten Regierungserklärung vergangen und vieles, ja manchesmal sogar sehr vieles hat sich mittlerweile geändert. Vieles ist aber auch gleich geblieben in diesem halben Jahr.

Während sich von den Wirtschaftsdaten, der Arbeitsmarktsituation, einzelnen Reformen der Sachbereiche, der Parteienlandschaft bis hin zu den politischen Kräfteverhältnissen vieles geändert hat, zeigt das Bild von der außenpolitischen Situation rund um Niederösterreich, der Medienlandschaft über die Absage der politischen Radikalität bis hin zu den politischen Fragen Umwelt, Arbeitsplatz, Bauern, Wohnen ein sehr bekanntes Bild in Niederösterreich. Und an diesen Wechselbeziehungen von dynamischen und statischen Verhältnissen spüren wir schon sehr deutlich die elementarsten Triebkräfte der Gesellschaftspolitik: Erneuerung und Öffnung auf der einen Seite und Bewahrung und Sicherheit auf der anderen Seite. Das Spannungsfeld zwischen Bewahren und Erneuern bestimmt auch unseren politischen Handlungsspielraum. Und hier sollen auch unsere Vorstellungen die entsprechende Gestalt annehmen.

Der erfahrene deutsche Politologe Christian Krockow sieht im politischen Handeln einerseits das Verändern bestehender Verhältnisse und andererseits das bewußte Bewahren dieser Verhältnisse gegen den Veränderungsdruck. Dabei ist das eine mindestens genauso wichtig wie das andere.

Die Evolution wird von einem ewig gültigen Prinzip bestimmt. Dem Prinzip der Anpassung, der ständig wechselnden Verhältnisse, um das Überleben zu sichern, um die Art vor dem Absterben zu bewahren. Und dieses Prinzip gilt auch für unser politisches Handeln. Bestehendes so zu verändern, daß es den heute geforderten Verhältnissen entspricht, damit wir es auch für die Zukunft bewahren können.

Und dort, wo sich Bewahren und Erneuern die Waage halten, dort halten sich auch die meisten von uns auf. Dort ist die politische Mitte. In einem Landtag, wo stets neue Mehrheiten zu finden sind, muß der politischen Mitte unser besonderes Augenmerk zugewendet werden. Die politische Mitte ist aber nicht wie die Nabe eines Rades. Sie ist nicht der unverrückbare Ruhepol, nein, sie ist selbst ständig in Bewegung. Denn die Menschen sind offener gegenüber neuen Fragen, aber skeptischer gegenüber alten Antworten geworden. Und so lange das Neue nicht die Mehrheit hat, begreifen wir es nicht als Politik der Mitte.

Politik der Mitte heißt aber nicht - und das möchte ich sehr deutlich hinzufügen - ein Negieren der Interessen und Bedürfnisse von Minderheiten oder Kleingruppen und Randgruppen. Gerade eine Demokratie, die von der politischen Mitte bestimmt und getragen wird, braucht Minderheiten und Kleingruppen. Sie sind ihre Würze. Aus dem Umgang mit ihnen zeigt sich nicht zuletzt der Grad der demokratischen Reife und der politischen Kultur in diesem Land.

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im vergangenen halben Jahr hat sich mein Politikverständnis nicht geändert. Bürgernähe, Verantwortung gegenüber unseren Mitmenschen, Verantwortung gegenüber unserer Mitwelt und Umwelt, Verantwortung gegenüber den kommenden Generationen, Anwaltschaft für alle Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher gegenüber dem Bund, gegenüber unseren Nachbarn und auch gegenüber den Parteien. Das sind die Grundlagen meines Politikverständnisses. So darf ich heute nochmals mein Versprechen vom Oktober 1992 erneuern: Ich möchte Landeshauptmann für alle Niederösterreicherinnen

und Niederösterreicher sein. *(Beifall bei ÖVP und LIF.)*

Ich reiche allen die Hände zur Zusammenarbeit. Hier im Landtag, draußen in den Städten, in den Dörfern, in unseren Märkten, zum Wohl unseres Landes. Denn unsere Devise muß auch in Zukunft heißen: Niederösterreich zuerst!

Hoher Landtag! Die Umsetzung dieses Wahlspruches ruht im wesentlichen auf vier Säulen, die auch die neue politische Perspektive entsprechend schaffen:

Erstens, Öffnen. Das heißt uneingeschränkte Offenheit gegenüber den Ideen und Interessen unserer Landesbürger.

Zweitens, Erneuern. Das heißt stete Erneuerung unseres Denkens und Handelns.

Drittens, Vermeiden. Das heißt konsequentes Vermeiden von Belastungen, die unserer Umwelt und Mitwelt nachhaltig schaden.

Und viertens, Sichern. Das heißt verantwortungsbewußtes Sichern unseres Lebensstandards und unserer Lebensqualität. Und diese vier Begriffe sind mir in den kommenden fünf Jahren in der Arbeit mit Ihnen gemeinsam ein zentrales Anliegen. An diesen Eckpfeilern sollen wir uns auch in den kommenden fünf Jahren orientieren.

Nun zur nächsten Frage: Was hat sich durch die Landtagswahl 1993 nun wirklich in unserem Land geändert? Die Landtagswahlen 1993 werden zweifelsohne in der Geschichte des Landes sicherlich ihren Platz finden. Der Wählerwille hat die vielfältige Parteienlandschaft neu formiert und den einzelnen Gruppierungen ihre Plätze zugeordnet. Über eine Entwicklung, Hoher Landtag, meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Hauses, müssen sich aber alle Gruppierungen und Parteien Sorgen machen. Nämlich über die Wahlbeteiligung. Zwar liegt Niederösterreich im westeuropäischen Trend. Und man könnte das Ergebnis jetzt mit einem Achselzucken hinnehmen. Aber die politische Verantwortung, Hohes Haus, verlangt von uns viel mehr: Die Frage nach dem Warum. Dieser Frage können wir uns nicht entziehen.

Zwei-Drittel Gesellschaft, Desillusionierung, Wohlstandsindifferenz, Gleichgültigkeit, Frustration, Ausgegrenztheit und andere Gründe mehr könnten die Motive der Nichtwähler gewesen sein. Wir sind zwar materiell sehr viel reicher als die Generationen unserer Väter und Großväter. Aber

wir sind ärmer geworden an inneren Werten, wie persönlicher Eigenverantwortung und Verantwortung für den Nächsten.

Im Laufe der Zeit haben wir ständig ein Stück an Eigenverantwortung und Selbständigkeit an die verschiedensten Institutionen zunächst einmal abgegeben und sukzessive damit auch verloren. Die Zufriedenheit mit dem Staat hat deswegen aber nicht zugenommen. Im Gegenteil, sie nimmt weiter ab. Und zu diesem Gefühl der Abhängigkeit vom Staat gesellt sich auch die Frustration gegenüber Bürokratie und Politik. Wenn die politische Enthaltung auch nicht aufzuhalten ist, so müssen wir sie doch durch Transparenz, Offenheit, Übertragung von Verantwortung auf Einzelne und Gruppen einbremsen.

Aber nicht nur die politische Arbeit vor Ort, sondern auch hier im Hohen Landtag wird sicherlich für alle Parteien neue Herausforderungen in dieser Richtung mit sich bringen. Unsere Arbeit, unser Verhalten hier im Hohen Haus ist es, das in der Öffentlichkeit das Bild der Politik zeichnet. Ein Bild übrigens, das meist undifferenziert auf alle Gruppierungen und Parteien in gleicher Art und Weise zurückfällt. Heute entscheiden wir uns nicht nur für uns, für unsere Partei, sondern für das Gesamte. Für die Politik Niederösterreichs, für unser Land und für die Menschen, die in unserem Lande zu Hause sind.

Selbstverständlich werden die Parteien natürlich bei Ihrer Arbeit von den anderen im Auge behalten und kontrolliert. So wird das Liberale Forum daran gemessen werden, welches Programm es entwickelt, welches eigenständige Profil seine Mandatäre entwickeln und inwieweit es sich als politische Bewegung nunmehr in eine politische Kraft verwandeln kann.

Die FPÖ wird daran zu messen sein, wie sie mit der gewonnenen Verantwortung umzugehen weiß. Die Verantwortung in der Regierung und in der Kontrolle fordern ein sehr konsequentes Handeln.

Die SPÖ wird daran gemessen, inwieweit sie sachorientiert und flexibel entscheidet, Innovation, Lösungskapazität und Kompetenz einbringt.

Und die ÖVP wird daran gemessen, wie sie zu überzeugen versteht, wie sie ihre Partner auswählt und findet und den Führungsanspruch auch rechtfertigen kann.

Denn eines ist klar: 1998 erhalten wir alle gemeinsam unser nächstes Abschlußzeugnis.

Besonders in Zeiten der reinen Arbeitsphase brauchen wir auch eine starke, freie und verantwortungsvolle Presse. Als Korrektiv, als Sprachrohr der Bevölkerung und als Initiator und Unterstützer der verschiedensten politischen Anliegen. Ich darf deshalb auch heute nochmals eine Bereitschaft zur Partnerschaft mit der gesamten Medienlandschaft, mit allen Medien erneuern.

Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die nächsten fünf Jahre bringen sicherlich Entscheidungen mit sich, die in ihrer Tragweite und Bedeutung Jahrhundert-Dimension erreichen. So steht die "Transplantation des Herzens", der Exekutive und der Legislative in die neue Metropole bevor. St. Pölten soll aber auch ein Symbol für das Selbstverständnis der Verwaltung sein, für ihre organisatorische und inhaltliche Neustrukturierung. Die Anpassung der Verfassung, die Zeitgemäßheit und Bürgernähe vermitteln soll, sollte ein Anliegen aller hier im Landtag vertretenen Parteien sein.

Die Entscheidung über Österreichs Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft wird fallen. Niederösterreich wird sicheren Schrittes den Weg in die Gemeinschaft beschreiten. Unser Land muß in einem Europa der Regionen eine Zukunftsregion werden, in einer EG, die föderalistisch sein wird. Eine umfassende und transparente Aufklärung über die Vor- und Nachteile eines EG-Beitritts muß dabei vordringliche Aufgabe des Landes sein.

Hält die stabile Lage in unseren Nachbarländern in den nächsten fünf Jahren an, so darf man auch annehmen, daß sich hier eine langfristige Absicherung ergibt. Auch die Ostöffnung erfordert neue Strategien, um einerseits unsere Chancen nutzen zu können, um andererseits aber auch allen Risiken, die damit verbunden sind, frühzeitig entgegenwirken zu können.

Wir müssen unsere Identität in kultureller und politischer Hinsicht absichern. Die Millenniumsfeier ist dazu ein willkommener Anlaß. Ich bitte Sie, Hohes Haus, nutzen wir dabei die Chance, unserem Land ein markantes Profil zu verleihen, seinen Stellenwert über unsere Landesgrenzen hinaus darzulegen und auch für die kommenden Generationen zu verankern. *(Beifall bei ÖVP und LIF.)*

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Gestatten Sie mir, daß ich im Zusammenhang mit den beherrschenden landespolitischen Themen auf meine Regierungserklärung vom Oktober 1992 verweise.

Exemplarisch darf ich aber doch die wichtigsten Aussagen und Zielformulierungen nochmals bekräftigen. So ist das Ziel unserer Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik in allererster Linie, Grundlagen zu schaffen, die eine stabile, nachhaltige Wirtschaft ermöglichen. Eine Wirtschaft, die langfristig Arbeitsplätze absichern kann. Mensch und Umwelt sind unser Maßstab und Vollbeschäftigung ist unser Ziel!

Unsere Wohnbaupolitik zielt auf die Schaffung von genügend Wohnraum, der dieses menschliche Grundbedürfnis absichert. Nur eine konsequente Weiterentwicklung der Wohnbauförderung läßt uns dieses Problem auch finanziell in den Griff bekommen.

Eine durchgängig ökologische Politik, wie wir sie verstehen, muß sich an drei Grundsätzen orientieren: Vermeidung weiterer Umweltbelastungen, Verminderung bestehender Umweltbelastungen und Sanierung der Altlasten. Ebenso müssen wir alles unternehmen, um den Individualverkehr in seinem Wachstum einzubremsen und dem öffentlichen Verkehr entsprechenden Vorrang einzuräumen.

Eine umfassende Sozialpolitik hat vor allem das Ziel, sozial schwächere und an den Rand gedrängte Personen und Gruppen zu stützen und zu unterstützen.

All diese Grundsätze ließen sich jetzt für jede Thematik, so wie in der Regierungserklärung 1992, weiterführen. Die konkreten Maßnahmen sind wie bisher als Einzelmaßnahme, aber auch in Paketform zu überlegen, zu beschließen und dann letztlich umzusetzen. Dabei darf ich an die Forderung erinnern, die bereits im Vorjahr sehr deutlich von dieser Stelle aus formuliert wurde. Nämlich der Grundsatz, das Wichtigste zuerst.

Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Politiker ist kein Prophet. Die politischen Auguren haben gerade in letzter Zeit keine besondere Wertschätzung erfahren.

Die Politik hat aber die Aufgabe, für die Zukunft zu planen, heute die Sorge für das Morgen zu schärfen, Visionen vorzugeben, Kurse abzustecken, Szenarien zu entwickeln und vor allem, Lösungen anzubieten. Lassen Sie mich daher an Hand von persönlichen Eindrücken, Begegnungen, Gesprächen und Erfahrungen, die ich mit den verschiedensten Menschen unseres Landes in der letzten Zeit gemacht habe, die Möglichkeit zukünftiger Politik schlaglichtartig beleuchten. Ich möchte es an Personen tun.

Zunächst einmal: Maria, ein vier Jahre altes Kindergartenkind, kann den Zeithorizont von fünf Jahren noch nicht abschätzen. Was wird mit ihr im Jahre 1998 sein? Was ist um sie alles in diesen fünf Jahren geschehen? Dem vorzüglichen Kinderbetreuungsangebot des Landes ist sie bereits entwachsen. Hat sie das Bildungsangebot als eine wesentliche Chancengerechtigkeit in unserem Land Niederösterreich auch nutzen können? In den Freizeiteinrichtungen jeglicher Art, von den Sportvereinen bis hin zu den Musikschulen, erleben immer mehr Kinder wie Maria eine fundierte Persönlichkeitsbildung und sinnvolle Freizeitgestaltung. Radwege erleichtern ihr, mit ihrem Fahrrad relativ gefahrlos zu ihrer Freundin zu kommen. Müll zu trennen, Müll zu vermeiden, das sind die Tätigkeiten, die ihr bereits zur Selbstverständlichkeit geworden sind. Sie leistet ihren Beitrag zur Umwelt, wo immer sie auch nur kann.

Franz hat schon vor zwei Jahren, als er mit 30 den Hof übernommen hat, entschieden, seinen Hof ökologisch zu bewirtschaften. Jetzt, 1998 hat er mit seinen Produkten auch etwas Glück gehabt. Neben der unbedingten Qualität haben vor allem Marktnischen seinen Lebensmitteln regen Absatz beschert. Angesprochen auf den Zukunftsvertrag meint Franz: Sicher, dieser Vertrag war zunächst einmal ein faires Angebot an uns Bauern. Er hat uns gerade in den schwierigsten Phasen am Beginn des großen Europäischen Marktes gut geholfen. Aber heute gehört er wieder den neuen Verhältnissen angepaßt. Ob er seine ökologische Betriebsführung bereue? Nein, keinesfalls. Erstens wird die etwas intensivere Arbeit durch den qualitätsvolleren Ertrag wettgemacht.

Und zweitens sind wir endlich soweit, daß die Landschaftspflege, die von uns Bauern fast überall im Alleingang betrieben wird, auch anerkannt und finanziell auch abgegolten wird.

Schließlich und endlich Walter, 47 Jahre, verheiratet, zwei Kinder, von Beruf Tischler. Er sieht das Jahr 1998 mit einem weinenden und mit einem lachenden Auge. Vor zwei Monaten mußte sein Betrieb den Ausgleich anmelden und setzte dabei 24 Arbeiter frei. In der Umgebung findet er keine Arbeit, er muß auspendeln. Einstweilen fährt er noch mit der Schmalspurbahn. Doch die Frage stellt sich, wie lange noch? Er beginnt sich für die vom Land unterstützten Initiativen der Umschulung und Weiterbildung zu interessieren. Er besucht den Kurs über computergesteuerte Maschinensysteme und findet so im kräftig expandierenden, innovativen Maschinenbaubetriebe seines Heimatortes wiederum einen sicheren Arbeitsplatz. Jeder spricht von Arbeitsplatzsicherung. Aber wer hat seinen Arbeitsplatz letztlich tatsächlich gesichert? Seine Einstellung zur Weiterbildung, sein Einsatz und seine Kompromißbereitschaft, ein zukunftsorientierter Betrieb und zu allerletzt die Unterstützung der öffentlichen Hand. Dafür braucht er jetzt eigentlich keinem Politiker, keiner Partei und keiner Vereinigung, niemandem dankbar sein. Seine Frau erhält bei der Pflege ihrer Mutter nunmehr Hilfe durch eine Hauskrankenschwester, was der ganzen Familie letztlich zugute kommt. Nun blicken beide wieder hoffnungsvoll in die Zukunft.

Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Um allen Niederösterreicherinnen und Niederösterreichern eine hoffnungsvolle Zukunft in das nächste Jahrtausend hinein zu ermöglichen, darf ich zum Schluß nochmals eine ganz große Bitte an alle richten. Zunächst einmal an Sie, meine verehrten Damen und Herren des Hohen Hauses, an die Parteien unseres Landes und an die Interessensvertretungen. Die Bitte zur Zusammenarbeit, zur Mitarbeit im Bewußtsein, daß wir in Niederösterreich ein reichliches Arbeits- und Betätigungsfeld vorfinden, um die Führungsposition unseres Landes in Zukunft noch ausbauen zu können. Lassen wir unsere Vision bitte nicht aus dem Auge. Unser Zukunftsland soll zum Musterland im neuen Europa der Regionen werden. Ich bitte Sie, machen Sie mit! Setzen Sie sich ein, ergreifen Sie Partei. Tun Sie es hier im Saal, tun Sie es draußen im Land, tun Sie es in erster Linie für unsere wunderschöne Heimat, für Niederösterreich!

Es lohnt sich tatsächlich, für dieses schöne Land zu arbeiten, Niederösterreich ist ein gutes

Land. Niederösterreich ist ein schönes Land. Gehen wir es in Gottes Namen an. Glückauf für uns und für unser schönes Heimatland Niederösterreich! *(Beifall im Hohen Hause.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Hohes Haus! Wir kommen zur Wahl der beiden Landeshauptmannstellvertreter. Nach den Bestimmungen unserer Landesverfassung werden die beiden Landeshauptmannstellvertreter, die den beiden mandatsstärksten Parteien zu entnehmen sind, in einem weiteren Wahlgang mit einfacher Mehrheit gewählt. Nach den Bestimmungen unserer Geschäftsordnung muß auch diese Wahl unter namentlicher Aufrufung der Abgeordneten mittels Stimmzettel vorgenommen werden.

Der mir vom Landtagsklub der ÖVP überreichte Wahlvorschlag lautet auf Frau Liese Prokop. Der Wahlvorschlag des Klubs der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Niederösterreichs lautet auf Herrn Ernst Höger.

Ich ersuche die Mitglieder des Landtages, die Stimmzettel, welche auf den Plätzen aufliegen, nach Aufruf abzugeben. Die Schriftführer ersuche ich, den Namensaufruf vorzunehmen.

(Die beiden Schriftführer nehmen den Namensaufruf vor und die Abgeordneten werfen einzeln ihre Stimmzettel in die bereitgehaltenen Urnen.)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER *(nach Ende der Stimmabgabe)*: Die Stimmabgabe ist damit geschlossen. Ich ersuche um Feststellung des Wahlergebnisses.

(Nach Auszählung der Stimmen): Es wurden 56 Stimmzettel abgegeben. Alle 56 Stimmzettel sind gültig. 56 Stimmen lauten auf Landeshauptmannstellvertreter Liese Prokop und 56 lauten auf Landeshauptmannstellvertreter Ernst Höger.

Ich darf daher zu dieser Wahl herzlich gratulieren und darf Frau Landeshauptmannstellvertreter Prokop fragen: Bist Du bereit, die Wahl anzunehmen?

LHStv. PROKOP (ÖVP): Ich danke für das Vertrauen und nehme die Wahl an. *(Beifall im Hohen Hause.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Ich darf Dich, Herr Landeshauptmannstellvertreter Ernst Höger fragen, ob Du bereit bist, die Wahl anzunehmen.

LHStv. HÖGER (SPÖ): Ich danke schön, ich nehme die Wahl an. *(Beifall im Hohen Hause.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Wir kommen, Hohes Haus, zur Wahl der übrigen Mitglieder der NÖ Landesregierung. Nach den Bestimmungen unserer Landesverfassung werden die Landesräte nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechtes auf die einzelnen Parteien aufgeteilt gewählt.

Der Wahlvorschlag des Landtagsklubs der ÖVP lautet auf Herrn Franz Blochberger, Herrn Mag. Edmund Freibauer und Herrn Ernest Gabmann. Der Wahlvorschlag des Klubs der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Niederösterreichs lautet auf Frau Traude Votruba und Herrn Ewald Wagner. Der Wahlvorschlag des Landtagsklubs der FPÖ lautet auf Herrn Hans-Jörg Schimanek.

Nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung muß diese Wahl ebenfalls unter namentlicher Aufrufung der Abgeordneten mittels Stimmzettels erfolgen. Nach Artikel 35 unserer Landesverfassung sind nur jene Stimmen gültig und auf das möchte ich besonders verweisen, die auf einen dem Verhältniswahlrecht entsprechenden Wahlvorschlag entfallen. Leere Stimmzettel bleiben bei der Ermittlung des Wahlergebnisses außer Betracht.

Die Stimmzettel liegen ebenfalls auf den Plätzen der Damen und Herren Abgeordneten auf und ich ersuche daher die Mitglieder des Landtages, die Stimmzettel nach Aufruf des Namens in die Urne zu legen. Ich bitte die Schriftführer um entsprechende Vorgangsweise.

(Die Schriftführer nehmen den Namensaufruf vor. Die Abgeordneten geben einzeln, nach Aufruf ihre Stimmzettel in die bereitgehaltenen Wahlurnen.)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER *(nach erfolgter Stimmabgabe)*: Die Stimmabgabe ist damit geschlossen. Ich ersuche um Vornahme der Stimmzählung. *(Nach Ende der Stimmzählung)*: 56 Stimmzettel wurden abgegeben. Davon lauten auf Landesrat Franz Blochberger 56 Stimmen, auf Mag. Edmund Freibauer 56 Stimmen, auf Ernest Gabmann 56 Stimmen,

auf Traude Votruba 56 Stimmen, auf Ewald Wagner 56 Stimmen, auf Hans-Jörg Schimanek 54 Stimmen. Es sind damit alle vorgeschlagenen Landesräte gewählt. Ich darf daher nunmehr fragen, ob die einzelnen Damen und Herren bereit sind, die Wahl anzunehmen:

Herr Landesrat Franz Blochberger: Bist Du bereit, die Wahl anzunehmen?

LR BLOCHBERGER (ÖVP): Ich bedanke mich herzlich für das mir entgegengebrachte Vertrauen und nehme die Wahl an. *(Beifall im Hohen Hause.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Herr Landesrat Mag. Freibauer?

LR Mag. Freibauer (ÖVP): Hohes Haus! Ich danke für Ihr Vertrauen und nehme die Wahl an. *(Beifall im Hause.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Herr Landesrat Gabmann?

LR GABMANN (ÖVP): Ich danke für das Vertrauen und nehme die Wahl an. *(Beifall im Hause.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Frau Landesrat Traude Votruba?

LR VOTRUBA (SPÖ): Ich danke für das Vertrauen und nehme die Wahl an. *(Beifall im Hause.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Herr Landesrat Ewald Wagner?

LR WAGNER (SPÖ): Ich danke für das Vertrauen und nehme die Wahl an. *(Beifall im Hause.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Herr Landesrat Hans-Jörg Schimanek?

LR SCHIMANEK (FPÖ): Ich danke dem Hohen Haus für den Vertrauensvorschuß! Ich nehme die Wahl an und ich hoffe, daß ich die beiden Abgeordneten in den nächsten 5 Jahren überzeugen kann. *(Beifall im Hause.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Ich gratuliere den Damen und Herren Landesräten und stelle fest, daß damit die Landesregierung von Niederösterreich bestellt ist.

Meine Damen und Herren! Wir kommen nunmehr zur Angelobung der Mitglieder der Landesregierung durch den Landeshauptmann.

Laut Artikel 36 unserer Landesverfassung haben die Mitglieder der Landesregierung vor

Antritt ihres Amtes vor dem Landtag das gleiche Gelöbnis wie der Landeshauptmann in die Hand des Landeshauptmannes zu leisten. Ich darf, Hohes Haus, die einzelnen Damen und Herren aufrufen, nunmehr vorzutreten. Ich bitte den Herrn Landeshauptmann, die Gelöbnisformel zur Verlesung zu bringen. *(Die Damen und Herren Abgeordneten erheben sich von ihren Sitzen.)*

LH Dr. PRÖLL (ÖVP): Ich gelobe, daß ich die Verfassung und alle Gesetze des Landes Niederösterreich beachten und meine Pflichten nach bestem Wissen und Gewissen erfüllen werde.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Frau Landeshauptmannstellvertreter Liese Prokop.

LHStv. PROKOP (ÖVP): Ich gelobe, so wahr mir Gott helfe!

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Herr Landeshauptmannstellvertreter Ernst Höger.

LHStv. HÖGER (SPÖ): Ich gelobe!

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Herr Landesrat Franz Blochberger.

LR BLOCHBERGER (ÖVP): Ich gelobe, so mir Gott helfe!

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Herr Landesrat Mag. Edmund Freibauer.

LR Mag. FREIBAUER (ÖVP): Ich gelobe!

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Herr Landesrat Ernest Gabmann.

LR GABMANN (ÖVP): Ich gelobe!

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Frau Landesrat Traude Votruba.

LR VOTRUBA (SPÖ): Ich gelobe!

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Herr Landesrat Ewald Wagner.

LR WAGNER (SPÖ): Ich gelobe!

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Herr Landesrat Hans-Jörg Schimanek.

LR SCHIMANEK (FPÖ): Ich gelobe!

(Die Abgeordneten nehmen ihre Plätze wieder ein.)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Ich danke dem Herrn Landeshauptmann.

(In der Folge werden die einzelnen Regierungsmitglieder von den Damen und Herren Abgeordneten, an der Spitze die jeweiligen Klubobleute, zur Wahl beglückwünscht.)

Hohes Haus! Nach dieser Gratulationscour dürfen wir in der Tagesordnung weitergehen.

Ich ersuche um Kenntnisnahme, daß Herr Landeshauptmann Dr. Pröll, Frau Landeshauptmannstellvertreter Liese Prokop, Herr Landeshauptmannstellvertreter Ernst Höger sowie die Landesräte Franz Blochberger, Mag. Edmund Freibauer, Ernest Gabmann, Traude Votruba, Ewald Wagner und Hans-Jörg Schimanek ihre Mandate als Abgeordnete zum Landtag von Niederösterreich infolge ihrer Wahl zu Regierungsmitgliedern zurückgelegt haben. Der Herr Landeshauptmann als Landeshauptmann hat auf die frei gewordenen Mandate nach den Bestimmungen der Landtagswahlordnung die Abgeordneten Alfred Dirnberger, Georg Hoffinger, Christian Hrubesch, Mag. Herbert Kaufmann, Hans Klupper, Heinz Krendl, Franz Kurzreiter, Norbert Nowohradsky und Herbert Platzer berufen. Wir gelangen daher zur Angelobung der Abgeordneten und ich bitte einen der Schriftführer um Verlesung der Angelobungsformel. *(Die Damen und Herren Abgeordneten erheben sich.)*

Schriftführer Abg. LUGMAYR (ÖVP) *(liest)*: Ich gelobe unverbrüchliche Treue der Republik Österreich und dem Lande Niederösterreich, stete und volle Beobachtung der Gesetze und gewissenhafte Erfüllung meiner Pflichten.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: *(ruft die einberufenen Abgeordneten Alfred Dirnberger, Georg Hoffinger, Christian Hrubesch, Mag. Herbert Kaufmann, Hans Klupper, Heinz Krendl, Franz Kurzreiter, Norbert Nowohradsky und Herbert Platzer einzeln namentlich auf und die Herren Abgeordneten leisten nach Aufruf das Gelöbnis jeweils mit den Worten: "Ich gelobe!") (Nach der Angelobung nehmen die Abgeordneten ihre Plätze ein.)* Ich danke, meine Damen und Herren!

Wie bereits angekündigt, kommen wir nunmehr zur Wahl eines Ordners, damit auch die Ordnergarnitur vollständig ist. Gemäß § 6 unserer Geschäftsordnung hat die ÖVP einen Wahlvorschlag eingebracht, lautend auf Alfred Dirnberger.

Ich ersuche die Abgeordneten, die Stimmzettel, welche auf den Plätzen aufliegen, abzugeben, wenn sie mit diesem Vorschlag einverstanden sind.

(Nach Abgabe der Stimmzettel in die bereitgehaltenen Urnen.) Sind alle Stimmzettel abgegeben? Das ist der Fall. Wir schreiten daher zur Auswertung.

(Nach Auszählung der Stimmen): Es wurden 56 Stimmzettel abgegeben. Alle 56 sind gültig und lauten auf Alfred Dirnberger. Alfred Dirnberger ist somit zu einem der Ordner des Landtages gewählt. Ich darf ihn fragen, ob er bereit ist, die Wahl anzunehmen.

Abg. DIRNBERGER (ÖVP): Ich nehme die Wahl an.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Ich danke vielmals.

Wir kommen nunmehr auf Grund der Rednerliste zu den Diskussionsbeiträgen. Am Wort ist Herr Landeshauptmannstellvertreter Ernst Höger.

LHStv. HÖGER (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Zuerst einmal Dankeschön für die Wahl. Ich gratuliere auch allen, die gewählt wurden und ich bin froh darüber, daß diese Wahl so einvernehmlich erfolgt ist. Denn das ist eine gute Grundlage, wenn es darum geht, Antworten auf die Fragen der Zeit zu formulieren und in dieser nicht leichten Zeit für unser Heimatland Niederösterreich zu arbeiten.

Meine Damen und Herren! Ein Dankeschön den Wählerinnen und Wählern! Ich möchte offen sagen, denn es soll ja diese neue Periode nicht mit Heuchelei beginnen, ich bin sehr dankbar, daß vieles, was in herabmindernder Art geschrieben oder gesteuert war, vom Wähler relativiert wurde. Und es wurde vieles, was in hochjubelnder Art gesteuert oder geschrieben wurde, ebenfalls vom Wähler relativiert.

Die wichtigste Erkenntnis in dieser Stunde ist für mich, daß in den nächsten fünf Jahren, gewollt vom Wähler, die breite Zusammenarbeit der Kräfte dadurch gewährt ist, daß keine Partei in diesem Landtag alleine etwas beschließen kann. Ich glaube, das ist eine gute Grundlage, denn Zusammenarbeit auf dieser Basis bietet ein beruhigendes Gefühl.

Meine Damen und Herren! Wir wollen uns vielleicht gerade in dieser Stunde darauf besinnen, daß die nächsten fünf Jahre nicht einfach sein werden.

Einige markante Themen: Vorerst einmal ist klar, daß in dieser Zeit sich die entscheidende Weichenstellung hinsichtlich eines neuen Europa auch in Österreich nicht nur aufdrängen wird, sondern logischerweise herbeigeführt werden muß. Das heißt also, Österreich wird sich erwartungsgemäß zu entscheiden haben, ob es an diesem neuen Europa voll teilnimmt oder nicht. Diese Entscheidung sollten wir vorbereiten. Ich glaube, daß alle positiven Kräfte in diesem Lande offen und ehrlich informieren sollten, ihre Standpunkte präzisieren sollten und den Österreicherinnen und Österreichern, speziell den Bürgern in Niederösterreich ein klares Offert geben sollten.

Es wird entscheidend sein, daß wir gerade in dieser Zeit der wohl wichtigsten Entscheidung der Nachkriegszeit deutlich sagen, was wir wollen. Ich möchte es für meinen Teil tun:

Meine Damen und Herren! Wir führen die Diskussion vielfach so, als ginge es darum, ob es dieses neue Europa, diese Europäische Gemeinschaft geben soll, ja oder nein. Das ist ein Irrglaube. Diesen Zusammenschluß der Märkte von 350, 400 Millionen Menschen, den gibt es, der kommt. Es geht für uns im wesentlichen nur darum, ob wir dabei sein wollen oder nicht. Und ich gebe zu, daß es viele Ängste gibt in der Bevölkerung, in verschiedenen Gruppen, vor diesem neuen, nicht bekannten Europa. Aber ich sage, meine Angst, da nicht drinnen zu sein, ist wesentlich größer. Denn wer nicht drinnen ist, der ist draußen. Eine Gemeinschaft schließt sich zusammen, um vor allem miteinander zu wirtschaften. Und ein Land wie unseres - auch Niederösterreich - das 70 % der Exporte bereits heute in den EG-Raum liefert, kann sich ausrechnen, welche Nachteile es geben würde, wenn wir nicht dabei wären.

Also ich sage es ganz offen für die Sozialdemokraten: Ein klares Bekenntnis zur EG, zur Europäischen Gemeinschaft!

Zweitens, meine Damen und Herren, wird es gerade in diesen fünf Jahren notwendig sein, daß wir im Konjunkturbereich mehr tun als bisher. Mehr tun als bisher, weil diese Zeit gekennzeichnet ist durch eine schlechte Konjunkturlage.

Meine Damen und Herren! Wir hatten Hochkonjunktur und es war bei diesem Auf und Ab in der Wirtschaft fast eine Sensation, daß so lange das

hohe Beschäftigungsniveau und die Hochkonjunktur gehalten werden konnte. Derzeit aber ist es nicht so. Und deshalb müssen wir mehr tun, weil das logische Konsequenz der Politik ist. Wenn aus der Konjunkturlage heraus die Problematik, Arbeitsplätze zu sichern, schwieriger wird, dann hat die öffentliche Hand einzusteigen und mehr zu tun.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir sollten gerade wenn es um die Wirtschaftspolitik geht, aufhören, diesen Streit zu führen, ob denn mehr Staat oder weniger Staat die Antwort auf diese Frage der Zeit ist. Stehen wir doch selber zu unserem Staat positiv. Der Staat sind wir alle. Der Staat ist etwas, was sich hier durch Jahrzehnte zum Wohle der Menschen ausgewirkt hat. Dieser Staat ist unser Staat, er wird von uns gestaltet. Und deshalb ist es nur logisch, daß er in schwierigen Zeiten einspringt, wenn normale Konjunkturmaßnahmen und das normale Spiel der freien Kräfte diese Konjunktur nicht in entsprechender Form beleben kann.

Und dann, nicht als Dogma: Meine Damen und Herren! Ich kenne keine öffentliche Wirtschaft oder private Wirtschaft. Ich kenne nicht kleine und große Betriebe, verbunden mit einem Dogma, das da in den Raum gestellt wird. Ich kenne eine Wirtschaft und ich kenne eine Konjunktur. Es gibt Branchen, die in Schwierigkeiten stecken und es gibt Branchen, denen es gut geht. Gottseidank - wollen wir positiv beginnen - geht es der niederösterreichischen Wirtschaft in Summe noch relativ gut. Seien wir stolz darauf! Jammern wir nicht etwas krank, das in Wirklichkeit Arbeit für tausende, ja hunderttausende Menschen liefert: Unsere gesunden, guten Unternehmen!

Stellen wir aber auch fest, ohne zu bewerten, daß es sowohl im privaten als auch im öffentlichen Bereich Fehlhandlungen gegeben hat. Teilweise Konjunkturreinbrüche, teilweise natürlich auch Fehlhandlungen des Managementes. Ob das jetzt ein privater Besitzer war oder ein Manager in einem öffentlichen Unternehmen, das ist nicht das Entscheidende. Entscheidend ist, daß wir prüfen, ob es einen Sinn hat, noch zu helfen, ob es sinnvoll ist, einzusteigen. Deshalb steht für mich ganz einfach fest, daß wir, gerade um diese Konjunktur zu beleben, in dieser Zeit zusätzlich einiges tun müssen.

Erstens sollten wir Unternehmen, wo es sinnvoll ist, helfen; auch mit der Auffangfunktion. Wir haben das Gottseidank grundsätzlich im Arbeitspapier vereinbart.

Es geht nicht darum, daß wir jemandem Geld nachschmeißen, der kaputt ist. Sondern es geht darum: Wenn durch Fehlleistungen im Management, durch vorübergehende Schwierigkeiten des Marktes bedingt ein Betrieb ins Trudeln gerät und es sinnvoll ist, diesen Betrieb aufzufangen, dann sollten wir einsteigen. Denn, liebe Freunde, wenn einmal zugesperrt ist, dann wird nicht mehr aufgesperrt. Es ist sinnvoller, etwas zu erhalten, als es im Stich zu lassen. Das ist die eine Aufgabe.

Die zweite Aufgabe - und das ist die noch wichtigere - daß wir natürlich durch zusätzliche Investitionen bereit sind, zusätzlich Arbeit zu schaffen. Investitionen in die Infrastruktur sind bleibende Werte, die geschaffen werden. Investitionen im Land, in den Gemeinden und natürlich zusammen mit dem Bund. Die großen Investitionen in den Verkehr, die großen Infrastrukturinvestitionen der Bahn, alles, was wir grundsätzlich in unseren Arbeitspapieren vereinbart haben.

Drittens glaube ich, daß es ganz entscheidend ist, daß wir in dieser Zeit das verstärken, was unserem Land ein starker Motor wurde: Nämlich die Regionalisierung.

Meine Damen und Herren! Ich bin wirklich froh darüber, daß wir uns grundsätzlich zu den neuen Strukturen des Landes bekannt haben. Heute sieht man ja, daß die Auswirkungen für dieses Land sehr positiv sind. Und ich glaube, daß es heute darum geht, in einigen Regionen zu beweisen, daß die grundsätzlichen Beschlüsse, nämlich eine Hauptstadt zu schaffen und auf der anderen Seite in den Regionen als Ausgleich zusätzlich zu investieren, richtig waren. Ich behaupte sogar, daß die gesamte Entwicklung des Landes Niederösterreich Grundlage dafür ist, daß es uns heute doch wesentlich besser geht als anderen Bundesländern.

Meine Damen und Herren! Gerade in dieser Zeit, in der es darum geht, die Akzeptanz der Hauptstadt, die ja auch in dieser Periode, zumindest was die Verwaltung betrifft, fertig werden wird, dadurch zu heben, daß wir dieses Bekenntnis zu den Regionen ablegen. Ein Bekenntnis zu unseren Regionen. Daß wir in den Regionen zusätzlich investieren. Ich glaube, die Akzeptanz in allen Regionen des Gesamtkonzeptes wird dann gegeben sein, wenn jeder in seiner Region, in

seinem Bezirk, in seiner Gemeinde spürt, daß sich auch für ihn ein Vorteil bot.

Die Grundlagen sind gut. Deshalb meine ich, daß wir auch im Sinne unserer Vereinbarung daran gehen sollten, alles, was in den Regionen erarbeitet, an sinnvollen Projekten eingelangt ist, gerade jetzt in dieser Zeit der Umstrukturierung, der notwendigen Neustrukturierung zu fördern. Für unsere Regionen und durch Investitionen in unseren Gemeinden. Denn das sind die Investitionen, die sich über das Land verteilen und die örtliche Wirtschaft stützen. Das sind die wertvollsten Investitionen. Daß wir dort durch entsprechende Unterstützung Mittel zur Verfügung zu stellen haben, das ist der Beitrag des Landes. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir wissen alle, daß wir auch natürlich sofort daran zu gehen haben, möglichst viel von dem, was der Bund überlegt, ins Land Niederösterreich zu bringen. Und ich weiß mich eines Sinnes mit allen, die miteinander die niederösterreichischen Anliegen zu vertreten haben. Wie ich überhaupt glaube, daß wir heute sagen sollen, wir wollen dieses "Wir", das deutlich und sichtbar vom Wähler gefordert ist, mit Leben zu erfüllen.

Wenn ich sage, wir haben die Verantwortung, dann meine ich nicht die Regierungsmitglieder, uns hier im Hohen Haus. Sondern bei diesem "Wir" schließe ich ein alle kreativen Kräfte im Land. Alle, die mitgetan haben, zum Beispiel unsere Neuen Ideen zu entwickeln. Das ist das "Wir", auf das wir bauen können. In dieses "Wir" schließe ich ein die Zusammenarbeit auch mit den Freunden in Wien, auch die Zusammenarbeit mit dem Burgenland. Sozusagen die Ostregion, die ja dieser dynamische neue Zukunftsraum in Europa werden soll. Das wird nicht von selber kommen. Nicht mit Schlagworten, wie die "logische Drehscheibe", wird das möglich sein. Sondern nur dann, wenn wir ganz gezielt diese Ostregion als einen neuen Kristallisationspunkt in diesem Europa mit all den Chancen, die sich bieten, zum Leben erwecken. Eine wirklich eindrucksvolle Zusammenarbeit der beiden Körperschaften, der Länder Wien und Niederösterreich ist gefordert.

Genauso schließe ich in dieses "Wir" mit ein unsere Gemeinden. Meine Damen und Herren! In den Gemeinden leben wir, dort sind wir zu Hause. Nur gemeinsam können wir, glaube ich, dieses Ziel, das wir in ähnlicher Form formuliert haben, nämlich das Wohlbefinden der Menschen zu sichern auf Grund der eigenen Vorstellungen, der kleinen Träume, ihrer Talente, ihrer Hoffnungen, zum

Leben erwecken. Zentral verordnen kann man nicht, wie jemand glücklich zu sein hat. Das muß man im Dialog erarbeiten. Der Bürger ist heute Gottseidank mündig genug, daß er mittut. Ich meine, wollen wir uns doch nicht immer in Sonntagsreden dazu bekennen, wir wollen den denkenden, mündigen, handelnden Bürger. Und nachher, wenn er aufsteht und uns seine Meinung sagt, dann fürchten sich manche vor ihm. Vielmehr soll man sich mit ihm auseinandersetzen. Ein ehrliches Angebot zum Dialog muß vorhanden sein. Jede Idee ist wichtig in diesem Lande!

Meine Damen und Herren, nun auch zur Kultur, zur politischen Kultur: Ich glaube, ganz entscheidend wird sein, daß wir uns gemeinsam dazu bekennen, daß die Parteien die tragenden Säulen in diesem Staat sind. Daß wir selber als Repräsentanten dieser Parteien die Begriffe Partei, parteiisch, Parteiarbeit nicht abwerten. Ich gebe gerne zu, daß manches im Überschwang von Mehrheiten hier und da im Laufe der Entwicklungen vielleicht erstarrt ist. Daß es notwendig ist, die Parteien zu reformieren. Aber bitte, machen wir das nicht dadurch, daß wir die Parteien als solche in Frage stellen. Sondern arbeiten wir gemeinsam mit dem Bürger in dieser neuen Zeit daran, unsere Parteien für den Bürger wieder attraktiv zu machen. *(Beifall bei der SPÖ sowie bei Abgeordneten der ÖVP und dem LIF.)*

Und dazu glaube ich, daß es das notwendigste Element ist, wenn man verlangt, daß die Repräsentanten dieser Parteien die Achtung des Bürgers besitzen, daß zuerst einmal die Repräsentanten der Parteien voreinander Achtung haben. Das ist, glaube ich, ein ganz wichtiges gesellschaftspolitisches Element. Meine Damen und Herren! Dazu gehört auch, daß wir dialogfähig sind und daß wir konsensfähig sind!

Ich meine, wenn wir uns vornehmen, daß wir uns in diesen fünf Jahren mit dieser Achtung ausgestattet, auf der Grundlage des Dialoges und der Konsensfähigkeit begegnen, dann wird eine neue Faszination, ein neuer Parlamentarismus mit der Möglichkeit, Mehrheiten zu bilden, zum Leben erweckt werden. Jede Idee muß da wichtig sein. Und muß angenommen werden. Ich möchte daher hier ein Offert legen an alle die, die Ideen einbringen.

Wir werden die Ideen nicht nach ihrer Herkunft prüfen, sondern nach ihrem Inhalt. Und ich glaube, wenn das alle machen im Hohen Haus, dann wird auch keine Idee für Niederösterreich zum Wohle der Menschen verlorengehen. Ich meine, daß das ein guter Beginn ist in dieser heutigen Stunde.

Meine Damen und Herren! Es wurden einige wichtige Dinge angesprochen. Ich möchte keine Kontra-Regierungserklärung abgeben, das würde den Rahmen dieser Wortmeldung sprengen. Aber ich meine, daß wir doch zumindest uns vornehmen, daß wir in diesen Jahren so miteinander umgehen, wie die Bürger erwarten, daß wir mit ihnen und wie sie vielfach miteinander umgehen. Daß wir ein Zeichen setzen einer Gesprächs- und Dialogkultur, ein Zeichen setzen der demokratischen Kultur. Daß wir eben eine Mehrheit zu akzeptieren haben und daß wir auf der Grundlage dieser Mehrheiten arbeiten. Das ist ein wesentliches Element. Ich stelle fest, daß es heute in unserer Zeit leider ein großes Manko ist, daß viele immer nach mehr Demokratisierung rufen. Das ist an sich gut so. Wenn aber etwas nicht so ausgeht, wie sie es sich vorgestellt haben, dann nehmen sie Entscheidungen nicht zur Kenntnis. Und das ist nicht gut so. Denn, meine Damen und Herren, die Demokratie lebt auch vom Entscheiden. Und die größte Gemeinheit in unserer Gesellschaft und in der Demokratie ist, nicht zu entscheiden. Der Bürger erwartet mit Recht, wenn er gewählt hat, daß fünf Jahre regiert wird. Daß er natürlich mit all den modernen Methoden einbezogen wird in die Meinungsbildungsprozesse. Aber gewählt werden wir ja nicht, um uns im Streit zu blockieren oder durch Zaudern alles zu verhindern. Sondern gewählt werden wir, um zu entscheiden. Um dieses Land weiter zu entwickeln. Das gilt für all die großen Bereiche, unsere Infrastruktur, die Verkehrsproblematik, für den Umweltbereich und den wirtschaftlichen Bereich. Und deshalb, meine Damen und Herren, meine ich, wir sollten auch mit etwas mehr Selbstbewußtsein in diese nächste Periode gehen.

Die politisch handelnden Personen werden halt zur Kenntnis nehmen müssen, daß der Bürger viele Antworten von ihnen erwartet. Die wichtigste Antwort wird die sein, ob es uns gelingt, ein hohes Beschäftigungsniveau aufrecht zu erhalten.

Meine Damen und Herren! Das ist mehr als Wirtschaftspolitik. Das ist mehr als Sozialpolitik. Das ist im weitesten Sinne Staatspolitik und Sicherheitspolitik von der Wurzel her.

Glaubt mir, wenn wir die Arbeitswelt in Ordnung gebracht haben, also die Existenzgrundlagen der

Familien absichern, wenn wir das soziale Netz so knüpfen, daß niemand Angst zu haben braucht in diesem Staat, daß er in seiner Existenzgrundlage gefährdet wäre, dann wird es auch möglich sein, im Sicherheitsbereich den Menschen das Gefühl zu geben, daß sie hier in diesem Lande in einer guten Heimat in Sicherheit leben.

Es war immer Not und Elend, die Arbeitslosigkeit, die Unsicherheit, wenn viele durch den Rost gefallen sind. Sie bildeten jenen Sumpf, in dem sich alles Ungemach entwickelt hat. Die Not, die Hoffnungslosigkeit hat immer zu Radikalisierung geführt. Und aus der Radikalisierung heraus setzten sich dann jene Elemente durch, die oft mit nationalen Gefühlen spielend einen Nationalismus als Ausrede für die Schwächen der Regierenden eingebracht haben, der letztlich immer dazu geführt hat, daß sich viele Gruppen, Volksgruppen und ganze Staaten nicht mehr miteinander verstanden haben. Beispiele erleben wir in der unmittelbaren Umgebung.

Es war genau jenes Schüren des Nationalismus im ehemaligen Jugoslawien, das dazu geführt hat, als dann die Not kam, die Wirtschaftskrise, daß immer wiederum der andere schuld war. Aus diesem Unbehagen wurde Feindschaft, aus der Feindschaft wurde Haß. Und was aus dem Haß wird, das erleben wir mit Schauern in diesen Tagen.

Glaubt mir deshalb: Gerade in einer Zeit, in der es auch wieder bei unseren Nachbarn und auch in den westlichen Ländern so ist, daß man versucht, mit Gewalt Konflikte auszutragen, in so einer Zeit wollen wir in diesem Landtag und ich darf für die Sozialdemokraten sagen, wir werden - in diesen fünf Jahren in jeder Minute, in jeder Stunde, an jedem Tage unseres Wirkens vor allem denen entgegenwirken, die nicht auf der Grundlage des Dialoges und der friedlichen Kooperation die Probleme lösen, sondern auf der Grundlage der Auseinandersetzung, des Hasses und der Gewalt! Wir sagen ganz klar jedem eine deutliche Absage, der glaubt, daß es in diesem Lande auch nur die geringsten Zweifel gibt, daß wir diese Demokratie und diese Republik Österreich lieben. Und wir lassen uns das nicht zerstören, meine Damen und Herren!

(Anhaltender Beifall im Hohen Hause.)

In diesem Zusammenhang möchte ich einen Vorschlag machen: Es wird sehr viel gesprochen vom Millennium. Das ist sicher wichtig. Diese Tausendjahrfeier wird österreichweit natürlich ein ganz wichtiger Meilenstein sein in der Entwicklung, in der Darstellung unseres Landes. Aber ich hätte

dazu eine Bitte und will sie gleich als eine ganz wichtige Idee hier einbringen: Meine Damen und Herren! Das wichtigste überhaupt ist, daß unsere Jugend, daß die Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher wissen, daß die wirkliche Aufwärtsentwicklung unseres Landes nur möglich war in dieser demokratischen Republik Österreich. Und ein Symbol für diesen Aufstieg der Familien, aller Menschen, war sicher gerade die zweite Republik, die aus den vielen Mißverständnissen der ersten Republik entstanden ist.

Dieses wichtige Millennium akzeptiere ich. Aber wir feiern bitte auch in diesen nächsten fünf Jahren und zwar ganz konkret im Jahr 1995 "50 Jahre Republik Österreich". Das ist für mich das wichtigste Jubiläum, das wir in dieser Zeit zu feiern haben. Wollen wir uns vornehmen, jetzt schon zu beginnen, dieses noch wichtigere Jubiläum vorzubereiten, einzuleiten. Den Schülern in den Schulen zu sagen, worum es geht, den Arbeitnehmern in den Betrieben und überall in den großen Kulturbewegungen unseres Landes hinzuweisen, daß wir stolz darauf sein dürfen.

Meine Damen und Herren! Das ist auch eine große Chance, wieder vielen Bürgern das Geheimnis des Sozial- und Wohlfahrtsstaates näher zu bringen. Ihnen zu sagen, daß die Grundlage für diesen Sozial- und Wohlfahrtsstaat - es war immer so, ist heute so, wird in Zukunft so bleiben - die Arbeit ist, die Existenzgrundlage des Einzelnen und des ganzen Staatswesens.

Es ist die Chance, den Menschen näher zu bringen, daß "Sozial- und Wohlfahrtsstaat" nur ein Schlagwort bleibt, wenn es nicht die Gesinnung gibt im Lande. Zur Arbeit, zur Wertschöpfung, zu den Grundlagen gehört die Gesinnung der Humanität und Solidarität als alles umspannende Klammer dieses Wohlfahrtsstaates. Wenn es uns gelingt, diese Gesinnung wieder zu verdeutlichen, diese einfachen Geheimnisse wirklich ins Bewußtsein der Menschen zu bringen, dann wird die Einstellung zur Demokratie, zur einzigen wirklichen Form, die das Glück der Menschen sichert, eine andere sein. Dann wird es auch vielleicht, wenn wir das, was wir

hier sagen, auch draußen vorleben, dazu kommen, daß diese Verdrossenheit abgebaut wird. Und daß die Vertrauenskrise, die wir zweifellos in dieser Zeit erleben, überwunden wird.

In diesem Zusammenhang äußere ich eine Bitte an die Medien. Meine Damen und Herren! Die Demokratie lebt davon, daß die Menschen abwägen. Und es gilt längst, zu den klassischen Säulen dieser Demokratie eine vierte hinzuzufügen: Neben der Legislative, der Exekutive, der Gerichtsbarkeit ist meiner Meinung nach längst eine tragende Säule in der Demokratie auch die Information. Diese Information, die heute auf elektronischem Wege übertragen wird in einer Geschwindigkeit wie nie zuvor, birgt eine riesige Verantwortung. Und ich möchte bitten, daß man gerade in einer Zeit, in der viele Menschen nicht wählen gehen, erkennt, daß sie vielleicht deshalb nicht wählen gehen, weil sie nur mit Negativem konfrontiert sind. Wir wollen uns nicht schöner machen als wir sind, wir machen alle unsere Fehler. Natürlich gibt es vieles in diesem Land anzuprangern. Gottseidank gibt es die Möglichkeit, das offen anzuprangern. Aber das kann nicht alles sein. Vergeßt bitte nicht den positiven Teil der Sache! Denn man muß abwägen können.

Wie soll sich denn zum Beispiel eine Jugend, die aus dem Erlebten keinen Vergleich hat, an dieser Politik orientieren, wenn sie nur mit dem Negativen konfrontiert wird? Ich bin ein begeisterter Anhänger des freien Journalismus, der ja Gottseidank in dieser Republik wachsen und atmen konnte. Aber ich bitte Euch, vergeßt nicht, beide Seiten zu bringen, das Negative und das Positive! Gut recherchiert zu präsentieren, damit sich der Bürger orientieren kann und letztlich auf der Grundlage dieser Information auch seine demokratischen Rechte ausübt.

In diesem Zusammenhang hätte ich einem weiteren Vorschlag: Wollen wir doch auch in Zukunft in unserem Lande dafür sorgen, daß durch ein ordentliches Mediengesetz und vor allem in Niederösterreich durch eine ordentliche Presseförderung die Garantie gegeben wird, daß alles, was wir der freien Presse zur Verfügung stellen, alles, was der Meinungsvielfalt dient, auch vom Land Niederösterreich unterstützt werden kann. Aber durch klare Richtlinien, bis hinein in die Verteilung der Werbegelder. Durch klare Richtlinien festgesetzt, damit die Druckwerke, die Medien in diesem Lande wissen, daß sie diese Förderungen als Recht an die Gesellschaft bekommen. Damit um Gotteswillen nicht der Eindruck entstehen kann, daß vielleicht Förderungen oder Annoncierungen oder Aufträge in Millionenhöhe dazu führen, daß man sich vielleicht eine genehmere Berichterstattung

erwartet. Ich sage das ganz offen und ohne Vorwurf an diesem Tag, weil ich glaube, das gehört auch zur politischen Kultur. Dem Stellenwert der Medien entsprechend sollten wir diese Normen in dieser Legislaturperiode neu festlegen.

Wir wollen in dieser Zeit dafür sorgen, daß unsere Arbeitswelt als Sicherheit für die Menschen weiterhin zur Verfügung steht, das ist ganz wichtig. Wir wollen dafür sorgen, daß unsere Gemeinden die Grundlagen haben, das Leben zu formen mit all dem, was ich zuerst gesagt habe. Und daß wir zu diesen Gemeinden auch stehen, wenn es darum geht, ihnen in einer sehr schwierigen Zeit finanziell zu helfen.

Und wir wollen drittens - und das ist ganz wichtig - eine Familienpolitik machen, meine Damen und Herren, wirklich in dem Geiste, daß jeder die familienpolitischen Einrichtungen dieses Landes nutzen kann. Und daß vor allem die familienpolitischen Einrichtungen unseres Landes der Arbeitswelt und den Bedürfnissen der Arbeitswelt angepaßt werden.
(Beifall bei der SPÖ, LR Mag. Freibauer, LR Gabmann und Abg. Ing. Dautzenberg.)

Das ist es, worum es in diesen nächsten Jahren geht. Wir werden alle in fünf Jahren ein - wie es der Herr Landeshauptmann formuliert hat - Zeugnis bekommen. Arbeiten wir alle dafür, daß dieses Zeugnis möglichst mit sehr vielen "Sehr gut", ohne Streber zu sein, ausfällt. Denn wenn dieses Zeugnis ein gutes ist und wir bei der nächsten Auseinandersetzung wieder relativ lange darüber streiten können, wer denn welchen positiven Weg im Lande eingeleitet hat, dann ist das der beste Dienst am Bürger. Ich biete ihn hier an in dieser faszinierenden Zeit: Den positiven Ideenwettbewerb!
(Beifall im Hohen Hause.)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Böhm.

Abg. BÖHM (ÖVP): Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Damen und Herren der Landesregierung! Hoher Landtag! Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Der NÖ Landtag hat soeben Dr. Erwin Pröll zum Landeshauptmann gewählt. Ich freue mich natürlich darüber, aber ich freue mich auch ganz besonders, daß dies in einer so einstimmigen und einhelligen Form erfolgte. Und ich glaube, wir können heute auch von einer historischen Stunde in diesem Landtag sprechen. Daß nämlich gerade die Wahl des Landeshauptmannes und der Landesregierung Ausdruck einer demokratischen

Reife dieser gesetzgebenden Körperschaft ist, die eigentlich in den wesentlichsten Grundzügen in Niederösterreich immer in dieser Form geherrscht hat und nunmehr auch ihre Fortsetzung findet. Ich darf daher allen Landtagsparteien in diesem Hohen Haus meinen Dank für diese einmütige Vorgangsweise aussprechen.

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang etwas zurückblicken. Die vergangenen Parteienverhandlungen waren bereits ein Ausdruck dieses besonders großen Verantwortungsbewußtseins aller nunmehr im Landtag vertretenen Parteien. Ein Verantwortungsbewußtsein, das in einer, glaube ich, beispielhaften Form an den Tag gelegt wurde. In weniger als zwei Wochen fanden diese Verhandlungen unter der Federführung von Landeshauptmann Dr. Pröll ihren Abschluß. Und dabei ging es in erster Linie um die Inhalte der künftigen Landespolitik. Ich glaube, auch das sollten wir den Menschen in Niederösterreich sagen. Daß es hier nicht um andere Überlegungen ging, sondern um jene Programme, die wir in Zukunft, in diesen nächsten fünf Jahren auch gemeinsam lösen und verwirklichen wollen. Das Motto lautete, Niederösterreich zuerst! Ich freue mich darüber, daß dieser Leitspruch für alle an den Verhandlungen Beteiligten an der Spitze der Überlegungen gestanden ist.

Landeshauptmann Dr. Pröll hat in den vergangenen Monaten seit seiner ersten Wahl zum Landeshauptmann auch bewiesen, was er für Niederösterreich leisten möchte und was er auch zu leisten imstande ist. Und ich bin sicher, er wird diesen Weg auch in Zusammenarbeit mit allen anderen, die bereit und willig sind, für Niederösterreich positiv zu arbeiten, fortsetzen. Dr. Erwin Pröll hat bei den Parteienverhandlungen bewiesen, daß er Garant für die Öffnung und Erneuerung in der Politik ist.

Die arbeitsfähige Grundlage für die nächsten fünf Jahre wurde in diesen letzten Tagen gelegt. Jetzt heißt es, meine Damen und Herren, die Ärmel aufzukrempeln und an die Arbeit zu gehen. Denn ich glaube, Arbeit gibt es fürwahr genug, doch davon einige Bemerkungen später.

Lassen Sie mich hier aber auch ein kritisches Wort einflechten. Wenn man bereits gehört hat, daß dieser Landtag nicht für Politik, sondern auch für Kabarett zu sorgen hätte, dann ist das bedauerlich, daß nicht nur für die Politik hier etwas angepeilt werden soll, sondern daß man diesen Landtag, diese gesetzgebende Körperschaft auch umfunktionieren möchte. Ich nehme das jetzt nicht im

wahrsten Sinne des Wortes. Eines darf ich allerdings feststellen. Für uns von der Österreichischen Volkspartei ist Politik harte Arbeit, meine Damen und Herren und ein Stück Arbeit für dieses wunderschöne Land und für die Bürger Niederösterreichs! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich habe zuvor von einer historischen Stunde gesprochen. Ich möchte diesen Begriff nicht über Gebühr strapazieren, aber er ist aus einem weiteren Grund sicherlich zutreffend. Mit der heutigen Sitzung hat sich aller Voraussicht nach zum letzten Mal ein Niederösterreichischer Landtag in der Herrengasse konstituiert. Der Herr Präsident und auch der Herr Landeshauptmann haben bereits darauf hingewiesen. Wenn alles programmgemäß abgewickelt wird in dieser Legislaturperiode, dann werden wir noch 1996 nach St. Pölten übersiedeln, in die eigene NÖ Landeshauptstadt. Und der nächste Landtag wird sich bereits in St. Pölten konstituieren. A propos Landeshauptstadt: Das begonnene Projekt wird - und davon können wir uns ja bereits in St. Pölten überzeugen - konsequent fortgeführt. Die Bauarbeiten und die noch notwendigen Planungsarbeiten liegen voll im ursprünglich fixierten und vorgesehenen Zeitplan. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die positiven Auswirkungen des seinerzeitigen Hauptstadtbeschlusses. Die bis zum Jahr 2005 - und es ist gar nicht mehr so weit bis dorthin - zu erwartenden öffentlichen und privaten Bauinvestitionen im Zuge der Landeshauptstadtentwicklung werden laut österreichischem Institut für Raumplanung rund 23 Milliarden Schilling ausmachen. Rund 80 % der Produktions- und Wertschöpfungseffekte werden NÖ Firmen zugute kommen. Auch in der Verkehrsplanung werden durch die Anbindung der anderen Landesviertel an die Landeshauptstadt wichtige wirtschaftspolitische Impulse gesetzt.

Meine Damen und Herren! Eines kann ich zu dieser Stunde auch feststellen und das sei mir als Klubobmann der Österreichischen Volkspartei gestattet. Die Riege der Abgeordneten hat sich bei uns wesentlich verjüngt. Vor allem in meiner Fraktion hat

es einen Erneuerungsschub gegeben. Eine Verjüngungskur, könnte man sagen. Allein zehn neue Mandatare hat die ÖVP in diesem Hohen Haus und unser Durchschnittsalter im ÖVP-Klub beträgt 46 Jahre. Auch der Frauenanteil hat sich bei uns erhöht. Alles, glaube ich sagen zu können, Anzeichen für einen zukunftsweisenden Weg in diesem Landesparlament. Ermöglicht wurde dieser Erneuerungsschub auf unserer Seite sicher durch die Vorwahlen. Dieses Modell gab den Bürgern, meine Damen und Herren, ein größeres Maß an Mitsprache und Mitwirkung, vergessen Sie das nicht. *(Heiterkeit im Hohen Hause.)*

Ich gebe allerdings zu, weil es ein Murmeln und Gelächter jetzt dazu gibt, unser Vorwahlmodell war ein Pilotprojekt, ein erster Schritt. Wir werden es verfeinern müssen, wir werden noch daran feilen müssen. So ist zum Beispiel der Unterschied zwischen Bezirksliste und Landesliste noch genauer zu verdeutlichen. Wir haben aber auch - und das möchte ich vor allem betonen - das Persönlichkeitswahlrecht initiiert. Es ist bisher nur ein erster Schritt gewesen. Wir werden es selbstverständlich verstärken und weiter ausbauen müssen. Und ich möchte heute schon das Angebot unterbreiten, daß wir für Gespräche in diese Richtung jederzeit auch bereit und offen sein werden.

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, nun aber auch zu jener Arbeit kommen, die auf uns wartet. Ich möchte an die Spitze meiner kurzen Erklärungen die Bedeutung des kommenden Landeshaushaltes stellen, des Budgets für das kommende Haushaltsjahr. Das Budget ist ja die wesentliche Grundlage der NÖ Politik. Viele sagen, das in Zahlen gegossene politische Wollen dieses Landesparlamentes. Es ist von großer und größter Bedeutung. Es geht darum, die Ausgaben und die Einnahmen so zu planen, daß auch unsere Kinder und Enkelkinder noch entsprechenden Spielraum haben. Wir können nicht einfach auf Kosten zukünftiger Generationen leben. Das haben früher einmal manche geglaubt und gewollt. Wir haben in Niederösterreich in der Vergangenheit immer gut gewirtschaftet und ich glaube, wenn wir dieses gemeinsame Wollen auch zum Ausdruck bringen, so werden wir das auch in Zukunft tun können.

Was die Arbeit im Landtag betrifft, so erwarten wir, lassen Sie mich das anmerken, von jener Partei, die erstmals auch Verantwortung mitträgt, eine entsprechende Vorgangsweise. Die Freiheitliche Partei, wir werden heute noch darüber zu entscheiden haben, stellt künftighin den Obmann des Finanzkontrollausschusses. Sie kann beweisen was es heißt, verantwortliche Politik zu betreiben. Und die Freiheitlichen können nun ihre Paraderolle

als Opposition ablegen, konstruktiv mitarbeiten und auch Verantwortung übernehmen.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich erwarte von dieser Legislaturperiode auch eine verstärkte Beschäftigung des Landtages mit dem künftigen Europa. Das gemeinsame Europa ist unsere Zukunft. Wir werden es uns nicht leisten können, draußen zu stehen, auch das wurde heute schon gesagt, wenn alle anderen dabei sind und an diesem neuen Europa mitbauen. Es wird auf jeden Fall wichtig sein, mitreden und auch mitbestimmen zu können. Die künftige Position Österreichs, aber auch die künftige Position Niederösterreichs in diesem Europa werden wir ganz genau abzustecken haben. Wir müssen auf die starke Mitbestimmung der Regionen und Gemeinden in diesem Europa pochen. Es darf einfach nicht zentralistisch von Brüssel aus bestimmt werden. Gerade in Niederösterreich kommt diesem Mitspracherecht eine ganz besondere Bedeutung zu. Unser Land liegt im Herzen Europas. An den vielfältigsten Schnittpunkten. Und hat seit dem Fall des Eisernen Vorhanges eine, wie ich glaube, zentrale Rolle und damit auch Aufgabe bekommen. Wir können und wollen aus Niederösterreich eine Musterregion Europas machen, wenn wir dafür sorgen, daß die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen werden.

Sowohl die bevorstehende Integration Österreichs in die Gemeinschaft als auch die bereits vollzogene Ostöffnung erfordern allerdings neue Strategien für Niederösterreich, um einerseits die Chancen zu nutzen und andererseits auch den sicherlich vorhandenen Risiken begegnen zu können. Es muß eine umfassende und transparente Aufklärung der Bevölkerung über die Vor- aber auch über die Nachteile eines künftigen Beitrittes erfolgen. Zur Umsetzung dieser Vorhaben und zur Vorbereitung Niederösterreichs auf den gemeinsamen Markt müssen wir einen gemeinsamen Weg finden. Ich fordere daher jetzt schon alle Landtagsfraktionen dazu auf.

Wir dürfen bei aller Wichtigkeit der Frage der europäischen Integration und des zu verankernden Stellenwertes der Regionen allerdings nicht auf unsere Gemeinden vergessen. Gerade sie sind das Rückgrat einer starken Region. Und deshalb lautet auch unsere Vision, starke Gemeinden in starken Regionen und damit auch in einem starken Europa. Wir werden auch weiterhin für die wirtschaftliche und finanzielle Stärkung der Gemeinden eintreten, Verbesserungen der NÖ Finanzsonderaktionen für die Gemeinden, die Novellierung des Raumordnungsgesetzes, die Weiterführung der Dorferneuerung und die Intensivierung der erst kürzlich

gestarteten Stadterneuerung, um nur einige wenige Beispiele aufzuzählen. Sie alle zählen zu jenen Maßnahmen, die wir im Sinne der Menschen in unseren Gemeinden in dieser Legislaturperiode auch umsetzen wollen.

Weiters werden wir die Stadtrechte der Statutarstädte, die Gemeindeordnung und die Gemeindevahlordnung noch vor den nächsten Gemeinderatswahlen zu überdenken haben. Dabei wird auch über ein Wahlrecht zu diskutieren sein, welches so wie bisher die Wahl von Personen in den Vordergrund stellt. Ich meine, die Form und die Gestalt eines Stimmzettels allein darf nicht das Entscheidende dabei sein.

Hohes Haus! Besonders großes Augenmerk müssen wir in den nächsten Jahren auch auf die Entwicklung der Wirtschaft und die Entwicklung des Arbeitsmarktes legen. Noch scheint es, daß die konjunkturelle Talsohle nicht erreicht ist. Mit einer weiteren Verschlechterung der Wirtschaftssituation ist wahrscheinlich und leider noch zu rechnen. Auch wenn Niederösterreich im Vergleich zu den anderen Bundesländern bei den Wirtschaftsdaten noch recht gut im Rennen liegt, dürfen wir die Hände sicherlich nicht zufrieden in den Schoß legen. Wir haben erst in der jüngsten Vergangenheit bewiesen, daß wir die Herausforderung annehmen und imstande sind, mit sehr gezielten Maßnahmen auch Arbeitsplätze zu erhalten und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Unser Konjunkturbelebungsprogramm mit den Eckpfeilern Beteiligungsmodell, Exporthaftungsmodell, Bauforum, forcierter Wohnbau, hat sicherlich einiges dazu beigetragen, daß Niederösterreichs Wirtschaft imstande ist, unseren Landesbürgern ihre Arbeitsplätze weitgehendst zu sichern und zu erhalten. Wir müssen aber auch für die nächsten fünf Jahre eine stabile und funktionierende Wirtschaft in Niederösterreich besitzen. Dabei geht es um langfristig abgesicherte Arbeitsplätze und auch um eine menschen- und umweltgerechte Arbeitswelt.

Meine Damen und Herren! Wir müssen dafür auch sorgen, daß unsere Landesbürger und ganz besonders unsere Jugend eine optimale Ausbildung erhalten. Nur qualifizierte Arbeitsplätze sind heute auch sichere Arbeitsplätze. Deshalb müssen wir der beruflichen Fortbildung, der Umschulung und dem Wiedereinstieg für ältere Arbeitnehmer besondere Beachtung und Bedeutung beimessen.

Für unsere weitere Generation und für die künftigen Generationen ist sicherlich auch die Erhaltung gesunder Lebensbedingungen und damit einer guten Lebensqualität genauso wichtig. Und dabei

muß ein Grundsatz sein, neue Umweltbelastungen müssen vermieden werden und vorhandene Belastungen sind zu beseitigen. Dazu nur einen Punkt herausgegriffen: Unser besonderes Augenmerk gilt sicherlich einem neuen Gewässerschutzprogramm, um reines Trinkwasser zu erhalten und auch zu sichern.

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, abschließend bemerken: Im Mittelpunkt unserer Arbeit der nächsten fünf Jahre muß abseits und fernab von persönlichen oder Parteiinteressen das Interesse für unser Heimatland Niederösterreich stehen. Wir haben in den Parteienverhandlungen eine gute Basis für eine erfolgversprechende Zusammenarbeit in vielen Bereichen gefunden.

Wir haben mit Dr. Erwin Pröll einen Landeshauptmann, der sich weiterhin voll und ganz für dieses Bundesland einsetzen wird. Das Klima bei den Parteigesprächen war - und ich glaube, das darf ich übereinstimmend für alle sagen - äußerst konstruktiv. Behalten wir uns diese Konstruktivität und diese Kraft zur Zusammenarbeit für unser Bundesland Niederösterreich! *(Beifall im Hohen Hause.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Hannes Bauer.

Abg. Dr. BAUER (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren der Landesregierung! Meine sehr geehrten Abgeordneten!

Ich möchte auch meine Freude und meine Genugtuung darüber ausdrücken, daß diese Wahlen so einhellig verlaufen sind, weil sie eine tatsächlich gute Basis für die künftige Arbeit in diesem Land und in diesem Landtag darstellen.

Ich wollte in Anbetracht dieser historischen Stunde eigentlich nicht darauf eingehen, was die Rekrutierung oder die Vorwahlen in der ÖVP betrifft, aber in Anbetracht der direkt angesprochenen und empfohlenen Modelle möchte ich doch meinen, nach diesem Modell müßte eigentlich ein Teil der Abgeordneten anders aussehen! Wenn ich dem folge, was Berichterstattung und letztlich Reihung, Nachreihung bedingt - nur soweit - und dann das als ein allgemeines Modell anbiete, ist das so eine Sache. Es zu akzeptieren, ist eine andere. Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, nur ganz allgemein: Ob es tatsächlich ein sehr guter Beitrag zu dem neuen Wahlrecht, dem Persönlichkeitswahlrecht war, möchte ich jetzt nicht beurteilen im Hinblick darauf, daß es eine Erstrede ist im Sinne der Konstituierung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zum Herrn Landeshauptmann Dr. Pröll, der ein breites Angebot an Zusammenarbeit eingebracht hat und ich muß sagen, in allen Gesprächen auch tatsächlich dem Ausdruck verliehen hat. Die Parteiengespräche sind tatsächlich in einem konstruktiven Klima verlaufen. Ich möchte allerdings zu einem Thema Stellung nehmen, weil ich die Frage der Mehrheit in der Mitte etwas, sagen wir "positionieren" möchte. Es ist schon richtig, daß sich die Mehrheit in der Mitte findet. Die Frage ist, ob sich diese Mehrheit in der Mitte zu mehr Dynamik der Veränderung bekennt oder zu weniger Dynamik in der Veränderung. Und es ist daher unser Teil und es wird unser Teil sein als Sozialdemokraten, jene Rolle zu spielen, die wir immer schon hatten: Nämlich zum dynamischen Teil der Veränderungen zu gehören und damit auch einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung des Landes insgesamt zu leisten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich meine, daß wir in diesem Geiste die Zusammenarbeit konzipiert haben. Wir haben tatsächlich eine Zusammenarbeit auf breiter Basis vereinbart und auch letztlich als Zielsetzung so formuliert, daß wir genügend Spielraum für den parlamentarischen Findungsprozeß haben werden. Um damit, meine sehr geehrten Damen und Herren, der wichtigen Frage der Dynamik in einer Demokratie auch gerecht werden zu können.

Wir haben durch diese Art der Zielsetzung und der Vereinbarung, die keine Bindung im üblichen Sinne darstellt, einen wichtigen Beitrag geleistet, ein neues Gleichgewicht zwischen den Parteien zu schaffen und eben diesen Freiraum zu nutzen, diesen neuen politischen Gegebenheiten gerecht zu werden. Nämlich jenen, daß seit 48 Jahren keine der im Landtag vertretenen Parteien die absolute Mehrheit hat. Und damit letztlich eines nicht eintreten wird, nämlich eine Erstarrung. Daher müssen wir diesen Freiraum nützen, dynamisch nützen, um damit letztlich den Erstarrungstendenzen, die sicher gegeben waren, entgegenzuwirken. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wird daher eine Zeit der Akzentuierungen kommen. Es wird eine Zeit sein, da ein hartes Ringen bei jeder Entscheidung notwendig sein wird. Wichtig ist aber dennoch, ausgehend von dem Grundkonsens, daß der innere Frieden in unserem Land durch dieses Ringen und durch die Erhaltung einer Balance nicht gefährdet wird.

Diese XIV. Legislaturperiode muß letztlich auch ein neues Verhältnis zwischen Landtag und Regierung anstreben und herausbilden, da der Landtag nicht mehr der verlängerte Arm der Regierungsmehrheit sein wird, sondern vielmehr

der Auftraggeber an die Exekutive. Dies entspricht zwar ohnehin dem demokratischen Prinzip, wurde aber durch die politischen Mehrheitsverhältnisse nicht mehr ausreichend berücksichtigt oder ist bis zu einem gewissen Grade degeneriert.

Das Übereinkommen, das zwischen uns geschlossen wurde, zwischen ÖVP und SPÖ, ich sagte es bereits, enthält Grundsätze und Ziele, ohne im einzelnen den Weg festzulegen. Das heißt, daß auch alle anderen Parteien in diesem Landtag eingeladen sind und dies teilweise auch tun werden, diesen Weg mit uns zu gehen.

Wir stehen, meine sehr geehrten Damen und Herren, tatsächlich vor großen Aufgaben. Wir müssen unser Bundesland - und das wurde von Landeshauptmann Dr. Pröll ebenso wie von Landeshauptmannstellvertreter Ernst Höger deutlich herausgearbeitet - in diesem neuen Europa positionieren. In diesem neu entstehenden Europa positionieren, um die Chancen nützen zu können, aber auch, um die Risiken zu minimieren.

Und ich glaube, daß eine der wesentlichen Aufgaben sein wird die Frage der früheren Grenzgebiete. Jener toten Grenze, der unmenschlichen Grenze, die heute offen ist, aber eine Grenze anderer Art geblieben ist: Nämlich eine Grenze zwischen dem Wohlstand und den weniger im Wohlstand lebenden Ländern. Eine Wohlstandsgrenze, die deutlich ausgeprägt ist mit all den Risiken und Problemen, die damit verbunden sind. Sie ist zu bewältigen und zu überwinden, meine Damen und Herren! Das heißt, daß es nicht genügt, wenn man meint, daß durch diese offene Grenze jetzt die Probleme an sich alle gelöst sind. Sie sind vielleicht leichter zu lösen, sie sind anders geworden. Aber es entstehen neue Probleme des Zusammenlebens und der wirtschaftlichen Bewältigung.

Ich darf hier nur als Beispiel anfügen, wenn man feststellt in der Forschung, im Institut für Wirtschaftsforschung, daß zum Beispiel rund 50.000 bis 60.000 neue Arbeitsplätze durch die Öffnung geschaffen werden in Österreich, etwa in dieser Größenordnung, aber gleichzeitig auch festgestellt wird, daß in dieser Größenordnung auch Arbeitsplätze verloren gehen. Das heißt, 50.000 gehen verloren, rund 60.000 kann man gewinnen. Dann wirft das die Frage auf, wo werden die Arbeitsplätze gewonnen und wo werden die Arbeitsplätze verloren? In welcher Strukturkrise befindet sich daher die eine oder andere Region? Und das bedeutet, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß wir daher einen Schwerpunkt in der Regionalpolitik zu setzen haben werden, um diese

Disparitäten, die sich, glaube ich, tatsächlich verschärft darstellen, überwinden zu können.

Ich möchte auch meinen, daß man hiezu ganz neue Kombinationen und Chancen nutzen wird müssen. Also eine aktive Regionalpolitik, Beiträge zur Struktur- und Beschäftigungspolitik als Bestandteil unserer politischen Überlegungen. Ernst Höger hat das sehr deutlich gesagt. Nämlich, daß Beschäftigungspolitik oder Vollbeschäftigungspolitik eigentlich etwas sein müßte, das eine allgemein anerkannte gesellschaftspolitische Herausforderung ist und unabhängig von Parteien letztlich zu bewältigen sein wird. Wenn das nicht gegeben ist - und das wurde sehr dramatisch herausgearbeitet - dann können wir uns alles andere wünschen an Vorstellungen usw. und es zwar formulieren, aber wir werden es nicht erreichen können. Weil die Vorstufe, nämlich diese Chance in einer Gesellschaft nicht abgeklärt ist und daß die Menschen in dieser Selbstachtung letztlich auch ihrer Arbeit nachgehen können.

Weiters werden wir Schwerpunkte in der Raumordnungspolitik zu setzen haben, weil ich meine, daß wir diese räumlichen Abgrenzungen und die tatsächlichen Maßnahmen in den einzelnen Regionen neu zu bewerten haben werden. Im Gesundheits-, im Sozialbereich und im Umweltbereich werden wir auch neue Wege gehen müssen. Keinesfalls wird es genügen, daß man so gewisse Alibi-Aussagen vor der Wahl, wie in bestimmten Regionen, etwa in Gänserndorf, trifft. Sondern man muß auch tatsächlich dann Lösungen hinzufügen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Ich möchte auch etwas ganz besonders herausarbeiten: Nämlich, daß wir immer sagen, "die Ostregion". Ohne daß wir uns eigentlich dessen bewußt sind, daß diese Ostregion als Ganzes über keine tatsächlichen Instrumente der Regionalpolitik verfügt, sondern nur ganz grobe Abstimmungsmechanismen kennt. Ich glaube, auch in dieser Richtung werden wir uns zu überlegen haben, wie wir tatsächlich in dieser Ostregion als Europaregion uns dann letztlich den Problemen stellen und den Herausforderungen gerecht werden können. Und da möchte ich ganz deutlich hervorstreichen oder unterstreichen, daß es nicht unsere Art sein wird, da gemeinsam Kriege gegen andere Gebietskörperschaften zu führen. Sondern ich meine vielmehr, daß wir nachdenken sollten, wie wir Kriege vermeiden und alles, was hier vor der Wahl so gesagt wurde. Lieber wollen wir alles versuchen, daß diese Ostregion als Ganzes zu einer Europaregion besonderer Art wird, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich möchte jetzt gar nicht die einzelnen Gebiete aufzählen. Ich möchte nur meinen, daß wir uns sehr bald zusammensetzen haben werden, um über die Instrumente und über die Abstimmungsmechanismen nachzudenken, um das zu klären. Weil ich tatsächlich glaube, daß wir dadurch Zeit verlieren, daß wir die eigentlichen Aufgaben der Ostregion zu wenig begreifen, und mehr gegen die anderen Gebietskörperschaften unsere Kräfte verzetteln.

Ich meine, im Bereich des Verkehrs gibt es so große Aufgaben, die grenzüberschreitend sind und nur gemeinsam gelöst werden können. Ich nenne auch die Frage im Strombereich oder im Gesundheitsbereich. In all den Bereichen, die wir im Inneren zu lösen haben, um nach außen, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Kraft zu haben, ein Angebot an die Nachbarn zu machen als Ganzes. Als Ostregion oder auch im Rahmen der EG, um uns insgesamt zu einer sehr dynamischen Gesamtregion entwickeln zu können.

So verstehe ich die politische Arbeit und die Zusammenarbeit. Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin zutiefst überzeugt, daß diese Einhelligkeit, daß dieser Ausdruck des gemeinsamen Willens, Arbeit in den nächsten fünf Jahren für Niederösterreich und die Niederösterreicher zu leisten, eine Basis sein wird, daß wir tatsächlich zu dem werden, was wir uns alle wünschen: Ein Land, eine Region in einem großen Europa. In einer Republik, die geachtet ist. In einer Republik, wo diese Werte, für die wir gekämpft haben und die heute so anerkannt werden, zu den Grundwerten unserer Menschen werden und es bleiben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in diesem Geiste werden wir die Arbeit aufnehmen. Im Geiste der Zusammenarbeit. Ich möchte das so zusammenfassen: In der großen Linie der Zusammenarbeit im Detail, und im Ringen um die beste Entscheidung für Niederösterreich. *(Beifall im Hohen Hause.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Bernhard Gratzner.

Abg. GRATZER (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch ich möchte mich eingangs bedanken bei den Repräsentanten der anderen Fraktionen, die es ermöglicht haben, daß dieses Ergebnis des heutigen Tages zustande gekommen ist. Daß wir eigentlich in einer sehr harmonischen Weise die Regierungsfunktionen alle gemeinsam wählen konnten. Ich sehe, daß der NÖ Landtag heute eine historische Wende erlebt. Denn

erstmalig dominiert keine Partei mit ihrer absoluten Mehrheit.

Wenn Sie sich zurückerinnern an das Jahr 1988: Als die Freiheitliche Partei hier erstmalig einzog, stand sie doch zwei Parteien gegenüber, die damals mit der Opposition sehr wenig anzufangen wußten, bis dahin eigentlich, daß die Freiheitliche Partei an der demokratischen Wirkung - nun, zumindest wurde sie ferngehalten.

Heute wurde nach einem bedeutenden Vertrauensbeweis der Niederösterreicher der erste freiheitliche Landesrat angelobt. Die FPÖ wird in sämtliche Ausschüsse einziehen und auf Grund der Parteienverhandlungen wird die Freiheitliche Partei, so vermute ich, den Obmann des Finanzkontrollausschusses stellen. Dies waren auch die Gründe, weshalb die Freiheitliche Partei in ihrer Geschlossenheit alle Regierungsmitglieder mitgewählt hat. Für mich selbst war der zweite Grund der entscheidendere. Ich wollte am Beginn dieser XIV. Gesetzgebungsperiode ein Signal setzen, da ich der Überzeugung bin, daß wir uns in einer durch viele Krisen hervorgerufenen Zeit befinden und unser Heimatland die positive Zusammenarbeit aller Kräfte sehr nötig hat.

Die FPÖ hat große Verantwortung als Opposition getragen, nun wird sie das auch in der Regierungsarbeit tun müssen. Daher habe ich mich von Anfang an bemüht, auch in den Parteienverhandlungen im Sinne der Landesbürger seitens der FPÖ eine günstige Ausgangsposition zu

schaffen. Unter "günstiger Ausgangsposition" verstehe ich natürlich auch, daß es keine absolute Mehrheit mehr in diesem Landtag gibt. Und daß es erstmalig möglich sein wird, hier auch zu verschiedenen Themen unterschiedliche Mehrheiten herbeizuführen.

Die Freiheitliche Partei hat sich selbst die Aufgabe gestellt, in allen Bereichen des Lebens Anwalt der Bürger zu sein. Sie übernimmt aber auch die Pflicht, Verantwortung zu tragen. Verantwortung in der Politik zu tragen heißt für uns, auch mit anderen Fraktionen im Sinne der Niederösterreicher zusammenzuarbeiten. Wenn ich von Zusammenarbeit spreche, bedeutet das in keiner Weise, daß die Freiheitliche Partei ihrer grundsätzlichen Linie untreu wird oder daß wir uns in einem Übereinkommen verkauft hätten. Daher möchte ich die für meine Fraktion geltenden Leitlinien in der Folge aufzeigen.

Vorerst erlaube ich mir aber noch ein Wort zu den Regierungserklärungen zu sagen. Denn bei Regierungserklärungen neigen Politiker gerne zur Selbstüberschätzung, aber auch zur Übertreibung. Ich bin davon überzeugt, daß gerade Politiker die Aufgabe haben, den Menschen nichts vorzumachen. Sondern Entwicklungen realistisch aufzuzeigen und im Anschluß daran gemeinsam die Lösungen zu verwirklichen. Und ich rufe in Erinnerung - um das auch hier zu verdeutlichen - die Regierungserklärung 1988 enthält einige Versprechungen. Zum Beispiel den Ausbau der Bürgerrechte. Oder eine enorme Welle von innovationsorientierten Betriebsgründungen. Neue Chancen im Tourismus, optimale Erreichbarkeit der Landeshauptstadt aus allen Landesteilen. Weiters wurde versprochen, eine verbesserte und raschere Anbindung des Wald- und Weinviertels an die Landeshauptstadt. Die Fertigstellung der Ostautobahn A 4 wurde versprochen, die Fertigstellung der Südostautobahn A 3. Die Zusammenlegung der Landtags- und Gemeinderatswahlen. Und dann zum Beispiel noch die Umwandlung von Zwentendorf in eine Fremdenverkehrseinrichtung.

Wir alle wissen, daß keines dieser Versprechen tatsächlich verwirklicht wurde. Und daher halte ich es nicht für sinnvoll, wenn wir Freiheitlichen vielleicht jetzt denselben Weg gehen. Aber ich möchte heute und hier die Gelegenheit benützen, unsere grundsätzliche Einstellung zu großen Problemen unseres Landes, aber durchaus auch Lösungsansätze von unserer Seite her aufzuzeigen.

Ich sehe, daß Niederösterreich nach wie vor ein Land ist, in dem die Abhängigkeiten in allen Lebensbereichen von den politischen Parteien

übergroß sind. Seien es die Bauern, die in der Abhängigkeit der Genossenschaften stehen, seien es die Lehrer, die nach wie vor ihre politische Gesinnung nachweisen müssen, seien es Mitarbeiter der Landesverwaltung oder, wie wir zuletzt gesehen haben, auch bei der Nachbestellung der Bezirkshauptleute. Ich sehe es als Pflicht für eine Partei an, die sich das Motto "Macht braucht Kontrolle" gegeben hat, hier den Hebel anzusetzen. Und ich sehe die Lösung dieses Problemes, nämlich der parteipolitischen Postenbesetzung nicht darin, daß der Landeshauptmann bestimmt, was objektiv ist und was nicht objektiv ist. Daß der Landeshauptmann sozusagen die Objektivität verordnet. Sondern vielmehr - und davon bin ich überzeugt - müssen die Abgeordneten dieses Haus hier endlich ein Objektivierungsgesetz verabschieden. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Darüberhinaus bin ich überzeugt, daß auch Niederösterreich den Zugang zu sämtlichen Positionen im Landesdienst transparenter gestalten muß. Und ich frage mich, ob es wirklich sinnvoll ist, daß im Landesdienst nur derjenige Führungspositionen einnehmen kann, der bereits jahrelang im Apparat steckt. Mit der in Niederösterreich praktizierten Personalpolitik wird von vornherein jeder Impuls aus der Privatwirtschaft abgeblockt und ein Austausch von Erfahrungen unterdrückt.

Ein zweites für uns sehr wichtiges Thema stellt die im Jänner frühzeitig abgebrochene Verfassungsreform dar. Und ich darf hier sagen, hier gibt es ein Ergebnis der Parteienverhandlungen, diese sehr rasch aufzunehmen. Weil wir auch in dieser Verfassungsreform wiederum natürlich unsere Anstöße zum Denken einbringen wollen. Weil wir glauben, es kann nicht alleine bei der Direktwahl des Landeshauptmannes liegen, sondern es muß auch darum gehen, endlich mehr Ausbau der Demokratie in unserem Heimatland zu bewirken. Darunter verstehe ich, daß Petitionen von Bürgern im Landtag zwingend behandelt werden sollen. Daß das Instrument der Volksbefragung manifestiert wird. Und daß endlich in Niederösterreich der amtliche Stimmzettel bei Gemeinderatswahlen eingeführt wird. Denn noch immer besteht in Niederösterreich die Möglichkeit zur Wahlmanipulation bei den Gemeinderatswahlen. Die Gemeinderatswahl in Krems hat uns das zuletzt wirklich sehr eindrucksvoll geschildert.

Und nun zur Sicherheit in Niederösterreich, die heute noch nicht angesprochen wurde. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß Niederösterreich mit 12,9 % an Kriminalitätssteigerung die höchste Rate in ganz Österreich aufweist. Und mittlerweile sind es nicht nur die Freiheitlichen, sondern auch der

Innenminister gibt es durchaus zu, daß es hier einen unmittelbaren Zusammenhang mit der zunehmenden Ausländerkriminalität gibt. Ich sehe es daher als besondere Aufgabe an, hier verstärkt tätig zu sein. Denn ich meine, man kann es auf die Dauer der NÖ Bevölkerung nicht mehr zumuten, daß sie auf Grund der geographischen Lage mit der steigenden Kriminalität sich abzufinden hat und das Unsicherheitsgefühl der Menschen täglich steigt. Hier hat die Politik die Pflicht, gemeinsame Lösungen zu finden. Es kann daher nicht genügen, wenn sich sämtliche Parteien im Landtag gemeinsam aussprechen, daß keine weiteren Gendarmerieposten mehr geschlossen werden bzw. daß die Exekutive aufgestockt wird, aber de facto der Innenminister genau den gegenteiligen Weg geht.

Die Freiheitliche Partei hatte bisher die Möglichkeit des Aufzeigens und des Protestes. Nunmehr müssen wir gemeinsam die Voraussetzungen in diesem Land schaffen, damit Niederösterreich nicht länger zur Spielwiese für Kriminaltouristen und organisierte Kriminalität wird.

Aber nicht nur die Kriminalität verunsichert die Menschen, sondern auch die immer neu aufgedeckten Umweltsünden. Niederösterreich ist geschlagen mit Altlasten. Dazu kommt, daß in vielen Bereichen die Menschen das Vertrauen in eine ehrliche Lösung der Umweltprobleme verloren haben.

Der Dioxinskandal in Amstetten hat gezeigt, daß Behörden und politische Verantwortliche in manchen Bereichen nicht erfolgreich sind. Ich könnte hier ein Problemfeld nach dem anderen aufzeigen, möchte aber nur das Gemeinsame herausstreichen. Sämtliche dieser Problemfelder haben gemeinsam, daß wesentlich mehr Zeit und Energie aufgewendet wird, um zu beschönigen und zu beschwichtigen, als die Probleme frühzeitig in den Griff zu bekommen und zu lösen. Daher habe ich mir vorgenommen, daß wir uns stark machen werden, daß in diesem Land durch vorbeugende Untersuchungen potentieller Umweltbelastungen und schonungslose Aufklärung eine lebenswerte Umwelt für unsere Nachkommen erhalten wird. Daher hoffe ich auf eine enge Zusammenarbeit mit Bürgerinitiativen. Denn diese Bürgerinitiativen werden ja heute ganz

gerne gesehen als Konkurrenz zu Parteien, aber auch zu Behörden. Ich selber bin der Überzeugung, daß gerade in Bürgerinitiativen viele Menschen ihr Wissen und Können umsonst, gratis einbringen. Daher sollten wir diese Möglichkeiten nutzen und daher sollte eher Anerkennung als Skepsis den Bürgerinitiativen entgegen gebracht werden. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Mit der Umwelt in engem Zusammenhang steht der Verkehr. Gerade die Diskussionen der letzten Wochen haben gezeigt, daß wir in Niederösterreich vor einigen nicht gelösten Problemen stehen. Ob das der Semmering-Tunnel, die Tullnerfeld-Trasse, die Südumfahrung Wiens, die nicht vorhandene Verbindung in die Landeshauptstadt oder andere sind. Wir müssen davon ausgehen, daß der Verkehr mehr wird, dazu gibt es eindeutige Untersuchungen. Ich bin auch davon überzeugt, daß wir Niederösterreicher nicht alle Verkehrsprobleme alleine lösen können. Daher schlage ich vor, daß wir in Bereichen, wo wir mit anderen Ländern Überschneidungen haben, ob das jetzt etwa die Südumfahrung Wiens ist, sofort in gemeinsame Verhandlungen mit den jeweiligen Bundesländern eintreten. Denn ich finde es wenig sinnvoll, wenn der Wiener Stadtrat Swoboda von der Maut für Niederösterreicher spricht oder wenn hier vielleicht der eine oder andere NÖ Kennzeichen mit Parkpicketln aus den Innenbezirken Wiens vertreiben möchte. Hier sehe ich, daß wirklich ein gemeinsames Konzept erstellt werden muß, um diese Probleme auch gemeinsam zu lösen.

Ich bin auch davon überzeugt, wenn es um die Südumfahrung Wiens geht, daß es Lösungen gibt, die technisch möglich sein werden. Sie werden ganz einfach teurer, aufwendiger sein, weil man es heute den Menschen nicht mehr antun kann, ihnen eine Autobahn auf Höhe der Schlafzimmerfenster vorne hinzubauen. Daher wird gerade hier auf die Politiker eine große Bedeutung zukommen. Sie haben die Pflicht, einerseits für die Beweglichkeit und für die Wirtschaft zu sorgen und andererseits den Bürgern umweltgerechtes Wohnen zu ermöglichen. Dabei sehe ich, wenn ich jetzt sage, wir sollen in Verhandlungen treten mit Wien, schon auch einen direkten Zusammenhang damit, daß wir uns als Niederösterreicher auch mit den Wienern darüber einigen, daß für unsere Pendler bessere Anreisebedingungen hergestellt werden. Denn es kann nicht so sein, daß hier in diesem Punkt Wien seinen Verpflichtungen, nämlich als Stadt der Arbeitgeber, hier in dem Fall als Arbeitgeber für ca. 150.000 Niederösterreicher, nicht nachkommt.

Wenn ich schon bei den arbeitenden Menschen bin, dann komme ich gleich zum NÖ Arbeitsmarkt. Denn ich glaube es wäre falsch, heute hier nur die positiven und schönen Arbeitsdaten, die bereits erwähnt wurden, zu nennen und dabei vielleicht die doch eher negativen einfach hier am Tag der Konstituierung beiseite zu schieben. Daher rufe ich in Erinnerung, daß die Arbeitslosenquote unseres Landes über dem Bundesdurchschnitt liegt. Daß ca. 40.000 Niederösterreicher auf Arbeitssuche sind und mittlerweile die Arbeitslosigkeit bereits in fünf Arbeitsamtsbezirken, nämlich in Berndorf, Gmünd, Lilienfeld, Neunkirchen und Waidhofen a.d. Thaya bereits über 10 % liegt.

Besonders zu kritisieren ist die Substitution von Inländern durch Ausländer am Arbeitsmarkt. Laut einer Studie der Arbeiterkammer wuchs die Beschäftigung von 1990 bis 1992 um 9.100 an. Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der legal beschäftigten Ausländer um 10.400, während diejenige der heimischen Bevölkerung um 1.300 zurückging. Daher möchte ich auch von dieser Stelle die freiheitliche Forderung nach einem Einwanderungsstopp bis zur Senkung der Arbeitslosigkeit auf fünf Prozent einbringen.

Damit alleine kann aber meiner Meinung nach das Problem sicher nicht gelöst werden. Wir leben mit der Öffnung der Ostgrenze und in diese wurde von vielen Menschen des Landes eine hohe Erwartung gestellt. Der negative Aspekt liegt sicherlich in den ungleichen Wirtschaftsstrukturen und den damit verbundenen Nachteilen der heimischen Wirtschaft, gerade in den Grenzregionen. Billige Arbeitskräfte kommen ins Land, oft nur als Tagespendler und arbeitsintensive Unternehmungen wandern von Österreich in den Norden ab. Dabei handelt es sich meiner Meinung nach um ein temporäres Problem, weshalb eine vorübergehende Unterstützung der Grenzregionen sofort zu erfolgen hätte.

Ein wirkungsvoller Ansatz wäre zum Beispiel die Verringerung der Lohnnebenkosten. In Zeiten hoher Arbeitslosigkeit ist meiner Meinung nach die Besteuerung der Arbeitsplätze, wie sie von der Lohnsummensteuer vorgenommen wird, untragbar. Ich denke, daß mit einer sofortigen Befreiung von der Lohnsummensteuer in Regionen, in denen die Arbeitslosigkeit acht Prozent übersteigt, eine tatsächliche Belebung des Arbeitsmarktes erreicht würde. Das Land müßte konsequenterweise in diesen Gemeinden auf die Landesumlage verzichten.

Zum Schluß, meine sehr geehrten Damen und Herren, möchte ich die Haltung der FPÖ zu einem

der wichtigsten Themen dieses Landes darlegen, nämlich zur Landwirtschaft.

Als oberste Aufgabe der Politik sehe ich die Sicherung der bäuerlichen Familienbetriebe im Hinblick auf den bevorstehenden EG-Beitritt. Denn nach einer Hochrechnung des Wirtschaftsforschungsinstitutes ergibt sich für die Bauern im Falle des EG-Beitrittes ein Einkommensverlust von 10,5 Milliarden Schilling. Dem stehen nur Einsparungen in der Höhe von 2,5 Milliarden Schilling beim Bezug von Betriebsmitteln gegenüber. Das heißt, der Nettoeinkommensverlust der Bauern wird acht Milliarden Schilling betragen.

Viele Faktoren, wie zum Beispiel die extrem unterschiedliche Entwicklung im Bereich der Produktpreise auf der einen Seite und der Handelsspanne auf der anderen Seite, der Preisverfall bei Holz und bei Rindern, die Steigerung von Importen haben bewirkt, daß während der letzten 20 Jahre die Zahl der bäuerlichen Vollerwerbsbetriebe in Niederösterreich von 52.000 auf 26.000 halbiert wurde. Hier sage ich, ist die Politik gefordert, da bei gleichbleibenden Verhältnissen die niederösterreichischen Landwirte untergehen werden. Nach Meinung der Freiheitlichen sind verfassungsrechtlich abgesicherte Direktzahlungen an die Bauern der einzig mögliche, richtige Weg. Eine Abgeltung der Landschaftspflege und damit eine Abgeltung dafür, daß schließlich die Bauern die Kulturlandschaft erhalten und somit dazu beitragen, daß tausende Touristen in unserem schönen Land Urlaub machen.

Es gäbe noch viele Ansätze aufzuzeigen. Ich möchte nur auf einen eingehen, nämlich auf die Weinsteuer.

Der NÖ Landtag hat sich hier eindeutig ausgesprochen für die Abschaffung der Weinsteuer. Nur habe ich selbst erlebt, daß dieses Aussprechen der Niederösterreicher leider dort, wo die Entscheidung fällt, sehr wenig bewirkt. Denn dort wurde mittlerweile drei Mal abgestimmt und drei Mal wurde mit den Stimmen der SPÖ- und ÖVP-Abgeordneten, auch der niederösterreichischen, die Weinsteuer aufrecht erhalten. Daher möchte ich mich hier an die Repräsentanten wenden, auch auf ihre Abgeordneten auf Parlamentsebene einzuwirken, denn gemeinsam hätten wir die Weinsteuer schon längst abschaffen können.

Ich darf daher zusammenfassen: Die FPÖ wird in diesem Landtag überall dort, wo es um die Lösung für Anliegen im Sinne der Bürger dieses Landes geht, sehr konstruktiv zusammenarbeiten. Die FPÖ versteht sich als Anwalt der Bürger gegenüber der Regierung und der Bürokratie und wird

daher ihre Kontrollaufgaben sehr ernst nehmen. Die FPÖ sieht sich als Vertreterin der Bürgerrechte und wird sich daher besonders für mehr direkte Demokratie und für Objektivität bei der Postenvergabe einsetzen. Ich selbst darf für mich sagen, ich wurde von Niederösterreichern gewählt, werde von den Niederösterreichern bezahlt und fühle mich daher zu allererst den Niederösterreichern verpflichtet! *(Beifall bei der FPÖ und LH Dr. Pröll.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Ing. Dautzenberg.

Abg. Ing. DAUTZENBERG *(LIF)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es ist nicht nur für mich, sondern auch für das Liberale Forum das erste Mal, daß ein gewählter Vertreter dieser Interessensgemeinschaft in einem Landesparlament eine Erklärung abgibt. Und ich würde das als ein kleines historisches Ereignis bezeichnen.

Das Liberale Forum hat sich, nicht einmal drei Monate alt, den Landtagswahlen gestellt und wurde mit drei Mandatären in diesen Landtag entsendet. Wir empfinden das als eine große Verantwortung und ich kann Ihnen versichern, daß wir alles daran setzen werden, daß man uns nicht nachsagt, daß wir diese Verantwortung nicht im hohem Maße ernst nehmen.

Es wurde schon von den Vorrednern gesagt: Drei Jahrzehnte waren zwei Parteien hier vertreten, seit 1988 auch die Freiheitlichen. Und ich habe jetzt gehört, daß es demokratiepolitisch immer gewisse Probleme gegeben hat. Für uns kann ich in Anspruch nehmen, seit wir im Landtag sind und Gespräche mit den Parteien geführt haben, daß wir eigentlich auf sehr viel Demokratieverständnis gestoßen sind.

Auf jeden Fall ist die Demokratie dieses Bundeslandes durch den Eintritt von uns in den Landtag wesentlich verändert worden. Es geht nicht mehr in die Richtung, daß eine Partei eine Entscheidung trifft.

Es wird in der Zukunft sehr stark davon abhängen, daß die Willensbildung, die die Bevölkerung zum Ausdruck gebracht hat mit unserer Wahl, auch in den Gremien anerkannt wird und dadurch die Demokratie gefördert wird.

Für uns darf ich in Anspruch nehmen, daß wir eine der wesentlichsten Aufgaben darin sehen, daß wir die Politik von der persönlichen Lebensge-

staltung der Bürger fernhalten. Wir werden in keinem Fall nur Neinsager sein, um uns politisch in Szene zu setzen, in den Zeitungen zu stehen oder vielleicht eben eine Vorstellung zu liefern. Ich glaube, daß wir immer mit kreativen und attraktiven Vorschlägen quer durch die Parteien ein Partner sein sollen zum Wohle der Bevölkerung dieses Bundeslandes.

Die Wirtschaft ist ein besonderes Anliegen von uns. Wir stehen für Privatisierung. Wir glauben, daß im wesentlichen durch die Situation, die sich jetzt hier neu ergeben hat durch den Wegfall der kommunistischen Ostblockländer, für Niederösterreich ein neuer Stellenwert zu erarbeiten ist.

Der Eiserner Vorhang ist gefallen. Es war eine lückenlose Mauer, vor der Niederösterreich gestanden ist. Durch den Wegfall dieses Eisernen Vorhanges ist Niederösterreich in die Mitte Europas gerückt. Ich glaube, daß wir hier im Landtag sehr wohl und sehr sorgfältig überlegen müssen, wie die Gesetze in Zukunft ausschauen, damit wir dieser Frage mit allem Nachdruck Rechnung tragen. Allein das niedrige Lohnniveau und die gefährlich tiefen Umweltstandards in den ehemaligen Ostblockländern sind eine Konkurrenz für unsere Wirtschaft, mit der wir vor kurzem noch nicht gerechnet haben. Ich glaube aber, daß man hier gemeinsam wesentliche Durchgriffe auch auf die Gesetzgebung machen kann, daß die von uns zu betreuende Industrie geschützt wird. Die Preisvorteile werden wir nicht aufholen können. Aber ich glaube, daß wir im Rahmen auch der EG - und zu der bekennen wir uns - sicherlich Maßnahmen finden werden, unsere Wirtschaft zu schützen.

Als Beispiel darf ich den Verkehr anführen. Wenn wir betrachten, daß das Ost-West Verkehrsverhältnis sich gigantisch vervielfachen wird, allein durch die Öffnung der Grenzen, dann glaube ich ganz klar sagen zu können, wir haben hier wesentliche Schritte zu setzen, um den öffentlichen Verkehr, im speziellen die Bahn, auszubauen. Um die Autos von der Straße wegzubringen. Sonst werden wir Tirol, Vorarlberg II.

Ich glaube auch, daß die weitere Vorgangsweise, die wir hier in Zukunft mit unterstützen wollen, in Bezug auf die Wirtschaft mehr Privatisierung bedeutet. Privatisierung von Kommunalbetrieben, zum Beispiel Straßenbau, Abwasser, Müllabfuhr. Das sind alles keine Erfindungen, das gibt es in Europa, das gibt es bei unseren westlichen Nachbarn. Die öffentliche Hand hat hier immer unglückliche Haltung gezeigt. Es war immer schwierig, hier Erfolge nachzuweisen. In Deutschland, in Frankreich, mit der Privatisierung funktioniert das.

Wir sind auch dafür, daß die Steuern nicht von Parteien kontrolliert werden und Subventionen wieder in Betriebe fließen, die nicht lebensfähig sind. Dieses Thema ist jetzt hoch aktuell, leider, aber ich glaube, es war eigentlich immer aktuell. Man hat es nur vom Tisch gewischt, solange die Hochkonjunktur Regie geführt hat. Wir sind daher dafür, daß wir unsere Förderungssysteme überarbeiten. Ich weiß, daß wir in keinem Ausschuß sitzen. Und ich weiß auch, daß wir sehr wenig beitragen werden können, aktiv in einem Ausschuß mitzuarbeiten. Aber ich hoffe hier auf das Demokratieverständnis, daß Sie unsere Ideen mit aufnehmen in Ihre Überlegungen und Ihre Programme. Es geht nicht an, daß öffentliche Gelder wettbewerbsverzerrend verwendet werden. Und das ist eigentlich ständig der Fall. Wir wollen die Kräfte der freien Marktwirtschaft wieder frei in der Gestaltung einsetzen.

Eine wesentliche Aufgabe, die wir uns gestellt haben als Liberales Forum, ist die Unterstützung des Fremdenverkehrs. Wenn man bedenkt, daß in diesem, unseren schönen Bundesland jeder fünfte Österreicher wohnt, ich hoffe ich liege hier richtig, dann ist es so, daß nur fünf Prozent des Fremdenverkehrs hier umgesetzt werden. Und ich glaube, mit all den historischen Denkmälern, die wir hier vorfinden, mit der Landschaft, die wir haben, könnte das wirklich ein Ersatz auch für die Fragen in der Landwirtschaft sein. Tourismus zu entwickeln, halte ich wirklich nicht für einen Eingriff in die Privatsphäre. Sondern das, glaube ich, ist Gegenstand einer Landesregierung und auch des Landtages. Die Entwicklung kann nur über gezielte Werbekampagnen erfolgen. Sie kann auch nur dadurch erfolgen, daß wir die Infrastruktur für den Tourismus wesentlich verbessern. Diese Punkte werden unserer Meinung nach zu wenig intensiv betrieben. Niederösterreich könnte unserer Meinung nach genauso bekannt sein wie Tirol oder Salzburg. Wir sind auch der Meinung, daß Wien kein Kontrahent ist, sondern eine Ergänzung.

Wien mit Niederösterreich gemeinsam hat mehr zu bieten als viele, viele andere Bundesländer!

Unverständlich ist uns, daß die Natur nicht mehr gepflegt wird. Und in diesem Punkt möchte ich zu der Umweltfrage ganz kurz Stellung nehmen: Es wurde auch hier schon angeschnitten, daß Umwelt sehr wichtig ist, wir sehen es als das Wichtigste an. Und wir glauben, daß wir gerade in der Frage der Umwelt jetzt in dieser Zeit, Sorge tragen müssen, daß wir das nicht auf kommende Generationen weiterschieben. Umso mehr, als wir einen Wissensstand erreicht haben, der uns verpflichtet, Handlungen zu setzen. Und hier ist das Wort sicher richtig, daß wir Gelder, die wir heute ausgeben müssen, nicht auf Schulden für unsere Kinder aufnehmen dürfen. Ich bin überzeugt davon, daß die Bevölkerung reif genug ist und das ganz klar unterstützen wird, wenn wir die gefährliche und tödliche Verschmutzung der Umwelt verhindern und dadurch auch der Bevölkerung Belastungen auferlegen müssen. Aber anders wird es nicht gehen. In diesem Punkt glaube ich, sind wir uns einig. Da geht es auch um die Atomkraft. Ich darf daran erinnern, daß Deutschland enorme Mittel zur Verfügung gestellt hat, um die Soldaten aus Ostdeutschland, aus den ehemaligen Ostblockländern nach Rußland zurück zu schicken. Ich glaube, es wäre genauso wichtig, daß Europa enorme Mittel zur Verfügung stellt, um die Technologie der Atomkraft zurück zu schicken, die an unseren Grenzen steht. Diese Atomkraft ist eine Zeitbombe, das wissen alle! Es geht daher nicht darum, ob Atomkraft Ja oder Nein, das dürfte meines Erachtens nicht das Thema sein. Das Thema ist klar: Die Atomkraftwerke, die jetzt an unseren Grenzen in Betrieb sind, sind eine Zeitbombe! Österreich kann das sicher nicht lösen. Aber im Rahmen einer EG wird man die Mittel finden müssen, diesen Menschen zu helfen, denn mit Druck und Diktat kann man das sicher nicht erreichen.

Die Bauern sind für uns ebenfalls eine ganz wichtige Frage in der Gesellschaft und der Kultur. Und ich glaube, daß die Bauern in der EG auch die Heimat vorfinden werden, die sie brauchen, um ihre Existenz gesichert zu sehen. Voraussetzungen dafür müssen wir schaffen. Es wird auch immer gesagt, die Verhandlungen muß man so und so führen. Ich bin der Meinung, wenn man einem Verhandlungsteam vertraut, dann muß man es verhandeln lassen. Dänemark hat gezeigt, daß man viel verändern kann, auch mit einer gewissen Härte. Diese Härte muß man aufbringen.

Für diesen Landtag würde ich mir wünschen, daß in Fragen, die die Kontrollrechte der Minderheit in diesem Landtag betreffen, etwas offener vorgegangen wird in der Zukunft. Denn ich nehme an, daß die Struktur des Landtages so bleiben wird.

Zum Abschluß darf ich noch einmal sagen, wir haben unsere Verhandlungen mit den Parteien hier geführt und wir sind sehr zufrieden damit. Wir haben die Verhandlungen in einem guten Klima geführt. Wir sehen uns imstande, in diesem Landtag einen Beitrag zu leisten und ich würde Sie bitten, uns dabei zu unterstützen. Auf diese gute Zusammenarbeit in den nächsten fünf Jahren freue ich mich.
(Beifall im Hohen Hause.)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Die Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt ist somit beendet.

Wir kommen, Hohes Haus, zum Punkt 5 der Tagesordnung. Er betrifft die Wahl der Geschäftsausschüsse des Landtages. Gemäß der Geschäftsordnung des Landtages sind zur Vorberatung der Verhandlungsgegenstände vom Landtag Ausschüsse zu wählen, in welchen die Parteien nach dem Verhältnis ihrer Stärke vertreten sind. Die Zahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder wird vom Landtag durch Beschluß bestimmt. Der Landtagsklub der ÖVP, der Klub der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten und der Landtagsklub der FPÖ haben vorgeschlagen, zur Beratung der Verhandlungsgegenstände zwölf Ausschüsse und zwar einen Bau-Ausschuß, Europa-Ausschuß, Finanz-Ausschuß, Gesundheits-Ausschuß, Kommunal-Ausschuß, Kultur-Ausschuß, Landwirtschafts-Ausschuß, Schul-Ausschuß, Sozial-Ausschuß, Umwelt-Ausschuß, Verfassungs-Ausschuß, Wirtschafts-Ausschuß zu wählen und die Anzahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder mit je neun zu bestimmen.

Gleichzeitig wird vorgeschlagen, den zu wählenden Verfassungs-Ausschuß auf die Dauer der vierzehnten Gesetzgebungsperiode des Landtages mit der Vorberatung von Angelegenheiten gemäß § 12 unserer Landtagsgeschäftsordnung zu betrauen. Und es soll auch der Verfassungs-Ausschuß auf die Dauer dieser Gesetzgebungsperiode gemäß § 29 unserer Geschäftsordnung mit den in dieser Gesetzesstelle genannten Aufgaben betraut werden. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wer diesen Anträgen die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

(Nach Abstimmung über diese Anträge): Einstimmig angenommen! Ich stelle somit fest, es sind die 12 genannten Ausschüsse mit je neun Mitgliedern und neun Ersatzmitgliedern stimmeinheitlich beschlossen.

Wir kommen damit zum Punkt 6 der Tagesordnung: Wahl des Finanzkontrollausschusses. Der

Landtagsklub der Volkspartei hat nach den Bestimmungen unserer Landesverfassung folgenden Vorschlag für die Wahl des Finanzkontrollausschusses erstattet:

Mitglieder: Abgeordneter Hans Klupper, Abgeordneter Georg Hoffinger, Abgeordneter Michael Hülmbauer.

Ersatzmitglieder: Abgeordneter Hans Treitler, Abgeordneter Dr. Michael Mautner Markhof und Abgeordneter Dr. Josef Prober.

Der Klub der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten hat folgenden Vorschlag für die Mitglieder des Finanzkontrollausschusses vorgelegt: Abgeordneter Herbert Kautz, Abgeordneter Eduard Keusch.

Ersatzmitglieder: Abgeordneter Ing. Walter Hofer und Abgeordneter Adolf Schütz.

Der Landtagsklub der Freiheitlichen Partei hat folgenden Vorschlag erstattet:

Mitglied: Abgeordneter Dkfm. Edwin Rambossek.
Ersatzmitglied: Abgeordneter Christian Hrubesch.

Wir kommen daher zum Punkt 6a) und zwar zur Wahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder des Finanzkontrollausschusses. Ich ersuche, die Stimmzettel, welche auf den Plätzen der Abgeordneten liegen, abzugeben. Die Schriftführer mögen hierauf die Stimmzählung vornehmen.

(Nach erfolgter Stimmabgabe): Sind alle Stimmzettel eingesammelt? Die Stimmabgabe ist damit beendet. Wir kommen damit zur Auswertung.

(Nach Auswertung der Stimmzettel): Hohes Haus! Es wurden 56 Stimmzettel abgegeben. Alle 56 sind gültig. Davon entfallen und sind insgesamt mit 56 Stimmen als gewählt zu betrachten: Herr Abgeordneter Hans Klupper, Herr Abgeordneter Georg Hoffinger, Herr Abgeordneter Michael Hülmbauer, Herr Abgeordneter Herbert Kautz und Herr Abgeordneter Eduard Keusch.

Mit 54 Stimmen wurde gewählt Herr Abgeordneter Dkfm. Edwin Rambossek.

Zu Ersatzmitgliedern mit 56 Stimmen gewählt wurden: Herr Abgeordneter Hans Treitler, Herr Abgeordneter Dr. Michael Mautner Markhof, Herr Abgeordneter Dr. Josef Prober, Herr Abgeordneter Ing. Walter Hofer und Herr Abgeordneter Adolf Schütz.

Mit 55 Stimmen wurde zum Ersatzmitglied gewählt Herr Abgeordneter Christian Hrubesch. Ich darf die Frage stellen, ob einer der Herren die Wahl nicht annimmt. *(Es erfolgt keine Wortmeldung.)*

Ich darf für das Protokoll festhalten, daß alle gewählten Mitglieder und Ersatzmitglieder diese Wahl annehmen. Ich darf den Herren zu dieser Wahl gratulieren und ihnen für die Zukunft viel Erfolg bei ihrer Arbeit wünschen.

Wir kommen damit bereits zur Tagesordnung Punkt 6b), Wahl des Obmannes des Finanzkontrollausschusses. Der Landtagsklub der Freiheitlichen Partei hat für dieses Amt Herrn Abgeordneten Dkfm. Edwin Rambossek vorgeschlagen. In diesem Fall liegen ebenfalls die Stimmzettel auf den Plätzen der Abgeordneten. Sie wären abzugeben und ich bitte auch in diesem Fall die Schriftführer um Vornahme der Stimmzählung.

(Nach erfolgter Stimmabgabe): Sind alle Stimmzettel eingesammelt? Die Stimmabgabe ist damit abgeschlossen. Ich ersuche um Auswertung.

(Nach der Auswertung der Stimmzettel): Hohes Haus! Die Stimmenauszählung ergab in diesem Fall folgendes Ergebnis: 56 Stimmen wurden abgegeben, davon 53 gültig. Diese 53 gültigen Stimmen entfallen auf Herrn Abgeordneten Dkfm. Edwin Rambossek. Ich darf den Herrn Obmann des Finanzkontrollausschusses fragen, ob er diese Wahl annimmt.

Abg. Dkfm. RAMBOSSEK (FPÖ): Hohes Haus! Ich danke für das Vertrauen und nehme die Wahl an.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Ich darf den Herrn Obmann zu dieser Wahl beglückwünschen und ihm das Bestellsdecret überreichen. *(Beifall im Hohen Hause. - PRÄSIDENT Mag. ROMEDER überreicht das Bestellsdecret.)*

Hohes Haus! Unter Punkt 6c) der Tagesordnung ist die Wahl des Obmannstellvertreters des Finanzkontrollausschusses durchzuführen.

Der Klub der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten hat für dieses Amt Herrn Abgeordneten Eduard Keusch vorgeschlagen. Die Stimmzettel für die Wahl liegen ebenfalls auf den Plätzen auf. Ich bitte, dieselben abzugeben. Die Schriftführer werden hierauf die Stimmenauszählung vornehmen.

(Nach erfolgter Abgabe der Stimmzettel): Ist die Stimmabgabe beendet? Dann darf ich bitten, die Stimmzettel auszuwerten.

(Nach Auswertung der Stimmzettel): Hohes Haus! Es wurden 56 Stimmzettel abgegeben. Alle

56 sind gültig und alle 56 lauten auf Eduard Keusch, der damit einstimmig zum Obmannstellvertreter des Finanzkontrollausschusses gewählt wurde. *(Beifall im Hohen Hause.)*

Ich darf den Herrn Abgeordneten fragen, ob er bereit ist, die Wahl anzunehmen.

Abg. KEUSCH (SPÖ): Hohes Haus! Ich bedanke mich für das Vertrauen und nehme die Wahl an.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Ich darf den Herrn Abgeordneten und Obmannstellvertreter des Finanzkontrollausschusses zu seiner Wahl herzlich beglückwünschen und auch ihm das Bestallungsdekret überreichen. *(Der Präsident überreicht das Bestallungsdekret.)*

Unter dem Tagesordnungspunkt 7 haben wir die Wahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder des Bundesrates vorzunehmen. Alle drei Landtagsklubs haben Wahlvorschläge erstattet.

Ich bitte die Abgeordneten, die Stimmzettel, welche auf den Plätzen aufliegen, abzugeben. Auf diesem Stimmzettel ersehen Sie die Vorschläge sowohl der Volkspartei, der Sozialdemokratischen Partei, wie auch der Freiheitlichen Partei, die hier das entsprechende Vorschlagsrecht haben. Nach Durchführung des Wahlvorganges werden die Schriftführer die Stimmzählung vornehmen. Ich bitte um Stimmenabgabe.

(Nach erfolgter Stimmabgabe): Ist die Stimmabgabe beendet? Ich stelle das damit fest und bitte um die Auswertung.

(Nach Auswertung der Stimmzettel): Hohes Haus! Es wurden 56 Stimmzettel abgegeben, alle 56 waren gültig. Es entfallen auf folgende Mitglieder folgende Stimmen:

Universitätsprofessor Dr. Herbert Schambeck 53; er ist damit gewählt. Ing. Johann Penz 56, Franz Kampichler 56, Agnes Schierhuber 56, Dr. Kurt Kaufmann 56, Dr. Michael Spindelegger 56, Josef Faustenhammer 56, Erich Farthofer 56, Karl Hager 56, Anton Koczur 56, Helga Markowitsch 56, Karl Schwab 56.

Somit sind die von mir genannten Persönlichkeiten für den Bundesrat vom NÖ Landtag gewählt. Ich bitte um Kenntnisnahme.

Als Ersatzmitglieder wurden mit 56 Stimmen gewählt: Hans Treitler, Michael Hülbauer, Engelbert Schaufler, Monika Lugmayr, Ing. Wolfgang Welser, Ing. Walter Grasberger, Herbert Platzer, Josef Jahrmann, Traude Dierdorf, Ludwig Winkler, Karin Kadenbach, Christian Hrubesch. Ich bitte auch hier um Kenntnisnahme.

Wir kommen damit zum Punkt 8 der Tagesordnung: Mitteilung des Einlaufes. Ich darf feststellen, daß kein Geschäftsstück zwecks Zuweisung heute vorliegt.

Somit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung erledigt. Ich wünsche uns gemeinsam, Hohes Haus, für die folgenden Jahre im Interesse unseres Heimatlandes viel Erfolg.

Die Sitzung ist geschlossen.
(Schluß der Sitzung um 13.27 Uhr.)

* * *